DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Lebensmittelwucher!

"Ernährungs"-Minister verkündet die neue Notverordnung: Einfuhrkontingentierung für alle wichtigen Lebensmittel

Seit Wochen tobt der Kampi der verschiedenen "Interessentenhaufen", das heifit der Grofingrarier auf der einen und der Industrie- und Handelskapitalisten auf der anderen Seite, um des Agrarprogramm der Papen-Regierung. Bisher haben alle Zollschranken nicht vermocht, die Einfuhr von billigen Lebensmitteln aus dem Ausland zu verhindern. Die Preise in Deutschland sind so hoch und stehen in eiem so großen Misverhältnig zu den Weltmarktpreisen, das es sich für die ausländischen Agrarlieseranten auch bei Bezahlung der rietigen deutschen Zölle lohnte, Agrar-Produkte nach Deutschland einzuführen. Weil daher mit neuen Zollerhöhungen den deutschen Großiegrariern die Konkurrenz nicht vom Halse gehalten werden konnte, fordern sie Kontingentierung der Binfuhr von Agrarprodukten, das heißt, es soll nur ein kleiner fest bestimmter Teil von den jeweiligen Agrarprodukten überhaupt über die Grenze gelassen werden. Der Zweck dieser Maßnahme ist selbstverständlich.

daß die Großegrarier die Preise für die Lebensmittel vollkommen nach eigenem Ermessen festlegen, maßlos in die Höhe ... treiben können.

Dagegen hat sich das Industrie- und Handelskapital gestemmt, nicht aus Liebe für die Arbeiter, sondern weil es mit Recht Gegenmasinahmen des Auslandes, des heißt Absperrung gegen den Export deutscher Industriewaren, befürchtet.

Jetze hat aber offensichtlich der greßagrarische Flügel im Reichskabinett gesiegt.
Am Montag, dem 26. September, hat der
Reichsernährungsminister (das Wort "Ernährungs"-Minister ist eine Ironie) Freiherr von
Braun auf der Tagung des Bayerischen
Landwirtschaftsvereins in München eine Rede
gehalten, in der er offiziell das neue Agrarprogramm das zum Teil in den nächsten programm das zum Teil in den nächsten Lagen durch Notverordnung "Gesetz" wird, verkündet. Nach seinen Darlegungen wird für etwa 20 der wichtigsten Lebensmittelarten die Kontingentierung eingeführt. Diese Einfuhrperre soll durchgeführt werden für:

alle wichtigen Sorten von Gemüse, Obst (vor allem Bananen und \pfelsinen), Fleisch (vor allem hlachtrinder), Speck, Schmalz, ise, Butter, Hülsenfrüchte (Erbn); Fische (Karpfen), außerdem Schnitt- und Papierholz sowie Futtergetreide.

. Man erkennt hier auf den ersten Blick, daß es sich fast durchweg um die wichtigaten Massennahrungsmittel handelt. Besonders empfindlich wird die arbeitenden Massen die Kontingentierung von Butter. Gemüse und der sogenannten Südfrüchte treffen, denn es ist bekannt, daß hier ein großer Prozentsatz oder, wie bei den Bananen usw., der gesamte Verbrauch durch die Einfuhr vom Ausland gedeckt wird. Die Einfuhrsperre der Südfrüchte wird damit bemündet, daß dadurch der deutsche Obstbuu geschützt werden soll. In der Praxis bou geschützt werden soll. In der Praxis Bc e Obst masios verteuert wird und der deutsche Arbeiter weder Sudfrüchte noch deutsche Früchte kaufen kenn.

Aber - und das ist das besonders Charakteristische dieses Agrarprogramma diese Einsuhrsperre richtet sich nicht nur gegen die arbeitende Bevölkerung und ist nicht eine "Hilfe" für die ganze Landwirtschaft, sondern

sie richtet sich gegen den Kleinbauern und besonders in bezug auf die Holzeinfuhr gegen den Mittelstand.

Die Sperre von Futtergetreide hat den aus-gesprochenen Zweck, daß die vor ellem auf der Viehzucht Hzw. Fleischproduktion besierende kleinbäuerliche Wirtschaft gezwungen wird, an Stelle der für sie unentbehrlichen billigen ausländischen Puttermittel den
deutschen Größägreriern den verteuerten Fraamroggen abzunehmen. Dadurch werden die Hundertausende von kielnen Landwirten, die vielleicht von der Kontingentierung der Fleischeinfuhr einen kleinen
Nutzen hätter gefort wieder um fhen Von Nutzen hätten, solort wieder um ihren Vorteil gebracht, weil sie für das notwendige Futtergetreide den Großagrariern weit höhere Preise als bisher bezahlen müssen.

die angebliche "Hilfe für die Landwirtschaft",

eine Maßnahme zur rücksichtslosen Auspowerung der gesamten Bevölkerung Deutschlands zugunsten einiger tausend Großegrarier

dar. Doch diese unersättlichen Volksausplünderer haben immer noch nicht
genug; ihr Organ, die "Deutsche
lageszeitung", überschreibt das neue
Ägrarprogramm mit den Worten "Immer
noch Halbheiten". Das Blatt kritisiert
hier hanndars daß die Palcheserierung die hier besonders, das die Reichsregierung die Rohlingehilerung nicht mit einem Schlage sondern erst auf Grund von hestimmten Verhandlungen mit dem Ausland, durchführen will. Das Organ, der Agrarier spriangt soldrige und rücksichtslesse Durchsührung.

Der zweite Teil des Agrarprogramms bringt eine Herabsetzung der Hypo-thekenzinsen, und zwar in der Form, das von den Zinsen für langt theken 2 bis 4 Prozent auf 6 bis 8 Jahre bzw. | werden!

So stellt sich das ganze Agrarprogramm, bis zur Abzahlung der betreffenden Hyponagebliche "Hilfe für die Landwirtschaft", theken gest und et werden. Auch das ist
eine Maßnahme zur rücksichtslosen Großagrarier, aber eine Angelegenheit, die das Proletoriat weniger berührt,

> Die maßlose Verteuerung der Lebensmittel. die die unmittelbare Polge der Durckführung dieses Programms sein wird muß - zumal noch der ungeheuerlichen Lohnsenkung die ganze Arbeiterklasse zum geschlossenen Kampf gegen dieses Progreman swingen. Aber, and das ist beconders wichtig für die Agitation auf dem Lande, nicht nur die Arbeiterklause, sondern auch der Mittelstand und die Kleinbauers mit und können in die Kamplesfrant dagerallit worden, Der Rof "Wieg mit der Papene regierung, weg mit dieser Junkerund Kapitalsdiktatur" muß diber sum lahalt des Kampfes aller arbeiten den Schichten de- B

Streikrechtsraub!

Die Regierung droht: Einhaltung der Friedenspflicht gegenüber Lohnabbau oder - Verbot der Gewerkschaften

Die durch die Papen-Regierung aus-geübte Kapitalsdiktatur und der daraus folgende verschärfte Kempf zwischen Kapital und Arbeit ist in das für die Arbeiterklasse entscheidende Stadium getreten. Es geht jetzt nicht mehr nur um die grenzenlose materielle Ausbeutung und politische Entrechtung der Arbeitermassen, sondern um die Vernichtung ihrer Organisationen und die Verhinderung jeg-licher proletarischer Widerstandsaktion.

In den letzten Tagen hat sich etwas ganz Neues und für alle Schichten der Bevölkerung ganz Unerwarietes gezeigt, nämlich die

daß die Arbeiter in Hunderten von Betrieben mit Erfolg gegen die Durchführung des Lohnabbaues auf Grund der Papen-Verordnung streiken.

Die Unternehmer, die es seit Jahren gewohnt sind, daß die Arbeiter fast widerstandstos die ungeheuerlichsten Lohnreduzierungen hinnehmen, sehen sich jetzt plötzlich einem unerwarteten Widerstand gegen-über, der sie zwingt, auf die volle Ausnützung der Papen-Lohnabbauverordnung zu verzichten. Die Erklärung für diese Tatsache liegt einmal in der unerhörten Erbiterung der Arbeiter, die, ohne Rücksicht, was daraus folgt.

entschlossen sind, unter keinen Umständen einen weileren Lohnraub hinzunehmen;

zum anderen aber darin, daß die Gewerkschaftsführung mit der Argumentation, der Lohnabbeu auf Grund der Notverordnung stehe im Widerspruch zum Terifrecht, zur Unabdingbarkeit der Tarife, selbst auf-fordert, Sireiks gegen diesen Lohnebbau zu führen. Sie erklären, daß gegenüber dem durch den Lohnabbau zum Ausdruck kommenden Tarifbruch die Gewerkschaften ebenfalls freie Hand zur Abwehr bekömen und nicht mehr an die "Friedenspflicht" gebunden

Die Tatsache, daß es durch dieses Ver-halten der Gewerkschaftsführung in Verbin-dung mit der außerordenflichen Verbitterung der Arbeiter überall zu erfotgreichen Streiks kam, daß also trotz der Krise eine erfolgreiche Abwehr des Lohnabbaues mög-lich ist, beweist die Riesenschuld der Oewerkschaftsführung an der bisherigen katastro-phalen Entwicklung der Lohngestaltung. Es bestätigt die von uns stets vertretene Auffassung, daß auch der bisherige Lohnabbau mit Erfolg hätte abgewehrt werden können, wenn die Gewerkschaftsführung nicht mit Rücksicht auf die "Gesetzlichkeit" der bisherigen Lohn-abbau-Notverordnungen und Schiedssprücke der Schlichtungsinstenzen jeden ernsthaften Kampf verhindert hälfe.

Doch des nur nebenbel. Des wichtigste ist jetzt, das das ganze Unternehmertum gegen die augenblicklichen Streiks, gegen die Ge-werkschaften Sturm läuft und kategorisch von der Regierung ein sofortiges Verbot dieser Streiks und eine Zwangsbestimmung fordert, durch die die Gewerkschaften zur Einhaltung der Friedenspflicht gezwungen werden. Die Unternehmer begründen ihre Forderung mit dem Hinweis, das, wenn diese Streiks nicht verhindert werden, die ganze Papenverord-nung für sie zwecklos wird.

Selbstverständlich ist die Papenregierung bemüht, diese Forderung der Unternehmer auf dem schniellsten Wege zu erfüllen. Der erste Schritt auf diesem Wege wurde vom Reichsarbeitsminister Schäffer gemacht, indem er dem Vertreter des "Berliner Tageblatts" ein Interview seh und des auf die Broze wie er Interview geb und dort auf die Frage, wie er sich zu diesen Abwehrstreiks stelle, antwortete: Er könne es zunächst überhaupt nicht glauben, daß die Gewerkschaften hinter diesen Streiks ständen und halte daher die Meldungen für übertrieben. Soweit jedoch derartige Streiks in der Tat geführt würden, hätten die Gewerkschaften die Pflicht, sofgrt das zu veranlassen, was die tarifvertregliche Friedenspflicht von ihnen verlangt." Denn — so erklärte der Minister —

"es ist ganz zweifellos, daß die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung

gekürzten Lohnbetrags als eine volle Er-füllung der tariflichen Verpflichtung enzusehen ist. Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen erübrigt sich; jede Gewerkscheft und jeder Arbeiter weiß das — wie es scheint, sehen aber manche noch nicht ein, das

wenn die Priedenspflicht verneint oder hartnäckig verletzt wird - der Begriff des Tarifvertrages gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert

Diese Worte des Ministers der Papanregierung lassen keine Misdeutung zu. Hier wird klipp und klar ausgesprochen - nur des kann unter dem Wort "die Stellung der Ge-werkschaften erschüttert" verstanden werden: Der Notverordnungs-Lohnabbeu wird von der Regierung als im Rahmen der Tarifoflicht liegend angesehen, und wenn die Gewerk-schaften das nicht anerkennen, sondern da-gegen Streiks führen, so ist das ungesetzlich

und dann droht ihnen ein Verbot. Hier gibt es für die Gewerkschaften kein Ausweichen mehr, hier sieht die Frage:

Kampf mit allen Konsequenzen oder bedingungsloses Kunchen.

Zunächst glaubt die Gewerkschaftsführung dieser klaren Entscheidung ausweichen zu können, und zwar mit juristischen Kniffen. Das ADGB-Vorstandsmitglied Spliedt hat am Sonntag in einer Berliner Versammlung der Brauerei- und Mühlenar-beiter eine offizielle Antwort auf die Ausführungen des Reichsarbeitsministers gegeben, wobei er unter anderem erklärte:

Die von den Gewerkschaften vertretene Rechtsauffessung wird durch das Interview nicht erschüttert. Entscheiden kann in diesem Streit nur die Arbeitsgerichtsbar-

Der DMV-Vorsitzende Reichel und andere Gewerkschaftsführer haben am gleichen Tage in verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen erklärt, daß nach wie vor gegen den Lohnabbau auf Grund der Notverordnung gestreikt werden müsse und daß sich die Gewerkschaften auch jetzt nicht an die

Binhaltung der Priedenmpflicht gebunden

Aus dieser Stellunganhme der ADOB-Pührer ergibt sich, dats sie zwar vorläufig "bis zur Entscheidung der Arbeitsgerichte" weiter derartige Lolinnbwehrstreiks unterstitzen, aber daß sie diese Taktik nur durchführen, well sie nach three Auffassung damit immer noch auf "gesetzlichem Boden "stehen. Das läßt den Schluß zu, deli, wenn die Arbeitsgerichte im Sinne der Regierung und gegen die Auflassung der Gowerkschaften entscheiden, sich die Geg workschaftsführung fügen und kainen Streik mehr führen wird

Gegen diese Stellungnahme muß die ge-samte Arbeiterklasse Front machen. Gewiß ist in der Jetzigen Situation Jede Möglichkeit, also nuch die juristisch nrbeitsrechtliche Unklaihelt, auszunützen. Abei es ist klar, daß dies eine Machtfrage ist und daß dle Regierung wie auch die Arbeitsgerichte gegen die Gewerkuchniten ente scheiden werden. Es gilt daher, jetzt erst recht überall die Streiks durch zusühren, aber auch sofort alle Vorbereitungen zu treffen, um bei einer sehr bald zu erwartenden arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Enmeheldung der Arbeitsgerichte gerifstet zu sein, den heißt

die Streike mit aller Konsequenz fortutsetzen,

Ein Zuritekweichen vor den Paragraphen, vor den ohnedies im Widerspruch zur Verfassung stehenden "gesetzlichen" Bestimmungen würde einfach bedeuten: freiwillige Zustimmung zur völligen Vernichtung der Arbeiterbewegung.

Hier kann es kein Ausreden geben, hier mus von der Arbeiterklasse der Kumpf aufgenommen werden, missen die Gewerkschaftsführungen zum Kampf mit allen Konsequenzen gezwungen werden. Gewill wird dieser Kompf, wird jeder Streik dieser Arizu einer politischen Auseinandersetzung, zu einem politischen Machtkampi. Aber dieser politische Machikampi ist nicht nur unausweichlich für die Arbeiterschalt, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Nur auf dem Kampffelde der aufgrparlamentarischen politischen Massen« aktionen kann die Arbeiterklasse zu einer geschlossenen Front zusammengeschweißt werden, kann die Kapitalsdiklafur geschlagen und der Ausweg zur Befreiung des Proletarials erzwungen werden.

Mitglieder-Rebellion in der KPD

Gegen den ultralinken Zickzackkurs der Führung

kennzeichnet ist und nus den Reihon der KPD-Mitglieder stammt. Der Spitzenartikel in dieser Nummer lautet:

Her mit dem außerordentlichen Partei-

"Seit 1929, wit dem Woddinger Parteitag, seit drei Inluen, let uns, Genossen, nicht mehr die Gelegenheit gegeben worden zu allen wichtigen Fragen der revolutionstren Politik auf einem Parteltag Stellung zu nehmen. Wie kann aber die Gesamtpartei anders ihre durchgestihrte "Generallinie" überprüten, die Lehren aus ihren Fehlern ziehen, als auf einem Reichsparteitag?... Stellt er nicht die höchste Körperschaft der Partei überhaupt dar? Soll der Wille der Mitglieder uns erer Partei denn nirgends mehr seinen entscheidenden Ausdruck finden?

Seit drei Jahren tauchen plötzlich aus dem Dunkeln, völlig überraschend für alle Gonossen, Beschlüsst auf. So erschien im April
d. J. — ohne jede Vorbereitung — in der
RF das Einheitsfrontangebot an alle Organisationen, in denen Arbeiter vereinigt sind,
zum gemeinsamen Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau. Das war ein Angebot en die Spitzen des ADGB und der SPD. Ihm folgte am 16. Juni der Vorschlag na dieselben Organisationen zum gemeinzamen Kampfaufmarsch im Lustgarten Ja, am Abend des Staatsstreiches am 20. Juli, wandte sich das ZK wortwörtlich "An die SPD, an den ADGB und an den Afabund". Ohne vorherige Diskussion in der Partei rief die Wendung von der Theorie des Sozialfaschismus zum Einheitsfrontangebot an die Spitzen der-selben Sozialfaschisten die größte Verwirrung bei unseren Genossen hervor.

Diese eingeschlagene Taktik vom 26. April, 16. Juni und 20. Juli hätte, ehrlich angewandt und nach einer vorherigen Diekussion und Beschlußfassung der Gesamtpartei, in Verbindung mit der Einheitsfront von unten die Ar-

Der berühmte Wind weht uns ein Blatt nut den Tisch, betieht "Die kritische Partei politisch und organisatisch geparteistimme. Von Parteigenossen —
für Parteigenossen", das bereits mit Nr. 6 gekannandehnet int und aus den Melkan der gehabt,

Ueberall in der Partel regen sich die oppositionellen Stimmungen, wächst die Unsu-frieden heit mit der Politik des ZK und mit der Parteiführung überhaupt...

In Charlottenburg and in den Zellen Resolutionen eingebrecht worden, die sich gegen die Theorie des Sozialieschiemen, gen das Aufziehen von eigenen Gewerkschaften um, wenden. Im UB Nordost dasselbe Bild. Auch Im Unterbezirk Wedding wächst des Drängen nach einer leninistischen Politik. Im Instrukti-onsgehiet 6b, Zelle 344f u.g., wurde eine Resolution, unterzeichnet vom Pol- und Orgleiter dieser Zeilen, eingebracht, die sich gegen die letzten Beschlüsse der BL wendet, vor allem dagegen, daß das Angebot der Be-zirksleitung an die SPD zu gemeinsamen Demonstration als falsch erklärt wird. In dieser Resolution wird die Anwendung der Einheitsfront von oben und unten verlangt. Auch auf der letzten Delegiertenkonferenz der BVG trat ein Partelegnosse für die Einheitsfront von oben und unten ein.

Durch alle von der Parteiführung ungerichtete Verwirrung hindurch erkennen unsere Genossen immer klarer den einzuschlagenden Weg. Ihre Forderungen sind: Diskussionsfreiheit und ehrliche Parteidemokratie innerhalb der Pertei ... Arbeit in den Gewerkschaften mit dem Ziel der Broberung der Gewerkschaftsmitglieder nicht für eigene Laden, sondern für eine revolutionere Gewerkschaftspolitik. Einheitsfront von unten und oben....

Genossen, kämpft mit unst Bringt überall Resolutionen ein und fordert: so fortige Binberufung eines außerordent-lichen Parteitages!"

Donn folgt ein Artikel über den 12, und 15. September, in dem gezeigt wird, wie die KPD die Massen wirkungsvoll in den Betrieben hätte mobilisieren können, in dem gegen die Parole der eigenen Streikleitungen "aus ein paar Dutzend Arbeitern in ein paar Dutzend Betrieben" Stellung genommen wird und der Einsammlung von Wahlstimmen" eine wirk-Einsammlung von Wahlstummen eine wirkliche Massenmobilisierung uhd Auslösung von
Massenkämpfen gegenübergestellt wird. Weiter eine Zuschrift eines Delegierten des
Amsterdamer Antikatiegskongresses, der die ganze Hohlheit und
Theaterhaftigkeit dieser Veranstakung aufzeigt. Dann werden neue Ausschlusierahungen. durch die Bürokratie wiedergegeben und dagegen zum Protest aufgerufen...

Was hier kritisiert und gefordert wird, entspricht ganz dem, was von der SAP selt ihrem Bestehen gegenüber der KPD gesagt wird. Das ist die wirkungsvollste Bestätigung der Richtigkeit unserer Politik. Es ist ein im Interesse der genzen Arbeiterklasse begrüßenswertes Zeichen, daß sich nach dem so katastrophalen Versagen der beiden großen Arbeiterparteien gegenüber Faschistenterror und Kapitaladiktatur, das besonders kraß am 20, Juli und jetzt bei der Papen-Verordnung SPD, sondern jetzt auch in der KPD rühren. rungen haben.

Gewis hat die Opposition in der KPD einen sehr schweren Siand, und gewis wird das "unfehlbare" ZK mit allen organisatorischen Mitteln gegen die "Renegaten" "Opportunisten" vorgehen — jetzt schon wird mit Kündigungen gegen "verdächtige" Angestellte im Parteiapparat und in den Redaktionen vorgengenten — aber er wird der KPD-Pührung gegangen aber es wird der KPD-Führung nicht möglich sein, mit ihren bekannten Mitteln die Opposition und Unzufriedenheit in der Mitgliedschaft zu ersticken. Dazu steht die Politik der KPD in einem zu schresenden Gegenantz zu den Notwendigkeiten der Arbeiterklasse. Nur eine völlige Kursanderung, eine Reform der KID und der Komintern an Haupt und Gliew dern knun hier helfen.

Ausschillsse aus der KPD

Halberstadt, 26. September. In diesen Tagun sind hier eine Reihe geter Genossen aus der KPD ausgeschlossen warden. Der Aussehluft erfolgte wegen "parteischädigenden Verhaltens", well sie das Verhausban" hann betragen. "Verbrechen" begangen hatten, Broschüren von Trotzki zu vertreiben.

Wieder eine Blamage der NSDAP

Die netionalsozialistische Fraktion des preußischen Landtags hatte Mirzlich eine Ann frage eingebracht, die sich gegen den bes kannten deutschnotionalen Führer v. Fre ve tagh - Loring hoven richtete. Es wurde in der Anfrage erleiet, Franke habe im Weltkriege im Dianete einer freinden Großmacht gestanden fer ist Balte und war also früher russischer Staatsangehöriger) und sei deshalb unwürdig, an einer deutschen Line-versität (Braslau) au lehren.

Jetzt hat die nationalsozialistische Frantion diese Anfrage zurückgezogen. Sie beugt sich demit dem Drack der deutschnationalen Presse, die offen gedroht hatte, entsprechende Enthüllungen aus der Ver-gangenheit von Naziführern zu bringen. Und das konnte die NSDAP nicht riskieren!

Kommunistische Mehrheit in Sofia

Bei den Gemeinderatswahlen in Sofia die am Sonntag stattfanden, erhielten die Kommunisien von insgesomi 35 Sitzen 21, also die absolute Mehrheit. Der Regierungsblock der Bauern und Demokraten erhielt 11 Sitze, die Rechtsopposition Zenkow

Wie es heißt, ist die bulgerische Regierung entschlossen, diese Zusammensetzung des Parlaments der Haupistadi nicht zu dufe... den. Sie scheint sich mit der Absicht zutragen, die Kommunistische Parbette in Bulgarien aufzulösen.

Wahlen in Griechenland 🖟

Athen, 26. September.

Die bis 2Uhr früh bekanntgewordenen Wahlergebnisse scheinen zu bestängen, das die liberale Partei, deren Chef Venizelos ist, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist, während die Volkspartel mit ihrem Führer Tsalderis an zweiter Stelle folgt. Die anderen Parteien haben nur eine geringe Zahl von Sitzen erhalten. Die Kommunisten, die in der alten Kammer nicht und Reichstagsauflösung zum Ausdruck kam, munisten, die in der alten Kammer nicht die Oppositionskräfte sich nicht nur in der vertreten waren, dürsten einige Sitze er u

Eröffnung der Völkerbundstagung

sidenten des Völkerbundsrats, den Irlschen Ministerpräsidenten de Valera, eröffnet. Von den 56 Staaten der Völkerbundes sind zwei Staaten durch ihre Ministerpräsidenten, nämlich Frankreich und die Schweiz, vertreten. Achtzehn Staaten haben ihre Auffenminister entsandt. Als Vertreter Deutschlands nimmt Reichsaußenminister Preihere von Neurath an der Eröffnungssitzung teil. Nach Erledigung der geschäftsordnungsmäßigen Fomalitäten hielt de Valera die Eröffnungsrede.

De Valcra gab einen Rückblick auf die Arbeiten des Völkerbundes. Er wies zunächst auf die Abrüstungs konferenz hin und meinte, daß ein gewisser Fortschritt bereits verwirklicht worden sei, betonte aber mit aller Entschiedenheit, daß die bisherigen Ergeb-nisse weit hinter den Erwartungen der Völker zurückgeblieben seien. Das zweite große Ereignis des vergangenen Jahres sei die Konferenz von Lausanne gewesen. Wenn es auch noch zu früh sei, die endgültige Bilanz dieser Konferenz zu zlehen, so werde ihr Aktivum groß sein, wenn sie den Weg zu einer endgültigen Regelung der internationalen Schuldenfrage bereitet hätte. Es sel heute schon sicher, daß das kommende Jahr, das die Weltwirtschaftskonferenz und die Fortsetzung der Abrastungskonferenz bringe, einer der wichtigsten Zeitabschnitte in der Ge-schichte des Völkerbundes sein werde.

Ganz hurz ging de Valera sodann auf den chinesische japanischen Kone flikt ein. Obgleich die Feindseligkeiten beendet seien, bestünde der Konflikt fort. De Valera erwähnte kurz den Bericht der Lytton-Kommission und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Bericht die Grundlage für eine gerechte und endgültige Regelung des Streites bilden und daß der Völkerbund siegreich aus diesem Konflikt hervorgehen werde. Ueber den Konflikt zwischen Bo-livien und Paraguay bemerkte de Valera nur, jedes Mitglied des Völkerbundes erwarte, daß die Anstrengungen, die bis jetzt zur Beendigung des Konflikts unternommen worden seien, zu einem guten Ende führen würden.

Sehr ausführlich setzte sich de Valera sodann mit der Kritik auseinander, die in immer stärkerem Mafie an der Tätigkeit des Völkerbundes geübt werde. Er erwähnte u. a. den von verschiedenen Seiten erhobenen Vorwurf, daß die Gleichberechtigung der Staaten in der Praxis des Völkerbundes aufhöre, wenn es sich um wichtige Fragen handle. Die Welt, so erklärte de Valera, werde ungeduldig und man beginne sich zu fragen, ob die megeren Ergebnisse die materiellen Aufwendungen noch lohnten. Man könne ruhig zugeben, daß ein ! Teil der Vorwürfe unberechtigt sei, aber der Völkerbund befinde sich nun einmal gegens

Die 13. ordentliche Völkerbundsversamnis lung wurde heute vormittag durch den Präsigen des Velkerbundsversamnis des Velkerbundsversamnis leinzige Mittel, um die Kritiker zum Schweigen zu den Velkerbundsversamnis des Velke zu bringen, erklärte de Valera, sei zu zelgen, daß der Völkerbundspakt ein felerlicher Vertrag sel, dessen Verpflichtungen sich keln Staat entziehen durfe. Das Wettrüsten könne nur vermieden werden, wenn die nationalen Rechte gesichert werden, was nur durch eine vorbehaltiose Anerkennung der Grundsätze des Völkerbundspaktes zu verwirklichen sei.

Die Existenz des Völkerbundes sei bedroht, wenn dig, Rüstungen nicht herabgesetzt werden.

Der Erfolg der Abrüstungskonferenz sei infolgedessen von allergrößter Bedeutung für den Völkerbund.

Die Rede wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen.

Nach der Rede de Valeras erfolgte die Feststellung, doff von den 56 Mitgliedstaaten des Völkerbundes 53 Staaten bevollmächtigte Vertreter entsandt haben; nicht vertreten sind Argentinien, Honduras und die Dominikanische Republik.

Zum Präsidenten der diesjälz rigen Bundesversammlung wurs de der griechische Gesandte in Paris, Politis, der aus seiner Tätigkeit auf der Abrüstungskonferenz bekannt ist, gewählt. Von den 50 abgegebenen Stimmen entfielen 44 auf Politia.

Als Vizepräsidenten wurden gewählt der italienische Unterstaatssekretär Aloisi, der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath, der englische Außenminister Sir John Simon, der französische Ministerprasident Herriot, Botschafter Medina (Nicaragua), der japanische Botschafter Nagaoka.

Kabinettskrise in England

Unter den Parteien, die hinter der eng-lischen Regierung stehen, sind starke Meinungsverschiedenheiten entstanden. Die Differenzen drehen sich um das Ergebnis der Konferenz von Ottawa. Gegen dieses Abkommen wenden sich die Kreise, die auf dem Boden des Preihandelsprinzips stehen. Es ist damit zu rechnen, daß die liberalen Minister und der Minister Snowden ihren Rücktritt erklären werden. Am morgigen Mittwoch finder eine entscheldende Sitzung des Ministerrates statt.

Boykottiert den Kriegi

Die argentinische Eisenbahnerorganisation hat beschlossen, den Transport von Kriegs- und Munitionsmeterial, das für Bolivien und Paraguay bestimmt ist, zu verweigern. Sie hat an alle Eisen-bahner Südamerikas die Bitte gerichtet, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen.

"Vorbereitung zum Hochverrat"

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich in zweitägiger Verhandlung der kommunistische Parteisekretär Schippa und elf Genossen aus Bitterfeld wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikschutzgesets zu verantworten.

In der Nacht zum 22. Mai 1931 waren in Bitterfeld im Hinblick auf eine wegen der Kürzung der Fürsorgesätze geplante Erwerbslosendemonstration an den verschles densten Stellen der Stedt zwei, bebilderte Plakate angeklebt worden, in denen die Polizeibeamten und Soldaten aufgefordert wurden, sich mit den Brwerbslosen zu solidarie sieren. Vier Angeklagte weren geständig, an der Klebeaktion teilgenommen su haben, während die übrigen ihre Beteiligung abstritten. Das Gericht verurteilte den Parteis sekretär Schippa als Leiter der Klebeaktion zu einem Jahr neun Monaten Festungshaft, den Chemotechniker Schnura, der ihm bei der Einteilung der Klebekolonnen behilflich gewesen war, zu einem Jahr sechs Monaten Festung. Zwei Angeklagte er-hielten ein Jahr drei Monate und fünf ein Jahr Festung. Zwei Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Sämtligben Angeklagten wurde die Lieberzeugungstillerschaft zugebilligt. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet.

Leipzig, 26. September. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Bezirksleiter der KPD, in Rostock, Artur Vogt, wegen Vorbe-reitung zum Hochverrat und Unterstützung

Leipzig, 26. September. | einer staatsfeindlichen Verbindung zu ein em Jahr sechs Monaten Festung.

Vogt, der früher als kommunistischer Abgeordneter dem Reichstag angehörte, hatta im Jahre 1929 (II) eine Wahlpropagandereise für die KPD durch Suddeutschland unternommen und in den von ihm veranstalteten Versemmlungen in württembergischen Orten wie Blochingen und Mettingen, sowie im Badischen in Pforzheim hochverräterische kommunistische Schriften verkauft, darunter neben den bereits durch frühere Urteile des Reichsgerichts als illegal gekennzeichneten Broschüren "Mobilmachung gegen Mobil-machung" und "Sowjetstern oder Hakenkreuz" auch des bekannte kommunistische Aufstandslehrbuch "Oktober." Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hatte zwei Jahre Festung beantragt.

Leipzig, 26. September.

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte der 4. Strafseriet des Reichsgerichts heute dan Packer Alexender Wons und den Heuse diener Jacob Seligmann eus Berlin wegen fortgesetzter Vorbereitung zum Hoche verrat in Tatelnheit mit fortgesetztem Vere gehen gegen das Republikschutzgesetz zu einem Jahr neun Monaten ber. einem Jahr Festung unter Ans rechnung der Untersuchungshaft.

Trotz Leugnens hielt das Reichsgericht den Angeklagten Wons für überführt, daß er einem früheren Genossen Hennig ein Paket mit etwa 250 Exemplaren einer für die Reiches wehr bestimmten Zersetzungsschrift "Der gute Kamerad" ausgehändigt hat mit der Weisung, diese Schrift auf dem Kummers-dorfer Schiefiplatz unter den Reichswehrangehörigen zu verteilen.

"Weltliche Schule"

"Verweitlichung der Schule" und "Schlesische Arbeiter-Zeitung"

Während im Unterrichtsausschuß des f Preußischen Landlages der Vertreter der KPD erklärte, daß die KPD die weltlichen Schulen gegen die Angriffe der Reaktion verteidigen werde, hält die "Schlesische Arbeiter-Zeitung" den jetzigen Zeitpunkt des Kampfes der reaktionären Mächte gegen das Stück Arbeiterbewegung, das sich in den weltlichen Schulen verkörpert, für geeignet, den Sammelachulen in den Rücken zu fallen. In einem Artikel am 21. September gibt die "A. Z" die Parole aus, die Kinder nicht zur weitlichen Schule anzumelden, sondern nur vom Religionsunterricht abzumelden. Das kann in der augenblicklichen Situation nur als ein glatter Dolchstoß in den Riicken der um ihren Bestand kömpfenden Sammelschulen beurteilt werden.

Aber von der Auswirkung in der augenblicklichen Situation ganz abgesehen, ist die Parole auch sonst hirnverbrannt. Wissen die Kommunisten denn nichts davon, daß in der Bekenntnisschule alle fächer "vom Geiste des Bekenntnisses durchsäuert" sein müssen? Wissen sie nichts davon, daß gerade jetzt alle Kräffe der im Herrenklub konzentrierten Reaktion im höchsten Grade mobil sind, um diese Durchtränkung des ge-samten Unterrichtswesens einschließlich der Berufschulen mit dem, was sie unter christlichem Ocist verstehen, aufs entschiedenste durchzusetzen? Lesen die Kommunisten die Reden des Reichsinnenministers Oayl nicht? Nur ihre grenzenlose Unwissenheit kenn ihren Standpunkt verständlich machen, daß sie glauben, ihre Kinder den nationalistischen und kapitalistischen Wölfen im christlichen Schafsgewande schon dadurch zu entreißen, daß sie sie vom Religionsunterricht abmeldenl

Arme Kinder, die ihr nach dem Willen der "A. Z" in den Bekennfnisschulen "den Kompf gegen jede "Faschisierungsbestrebung der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie" führen sollt! Wenn es hoch kommt, dann werden unter 50, 60 Schülern einer Klasse 5 oder 6 sein, die von Hause aus entschieden proletarisch, antifaschistisch eingestellt sind. Vielleicht sind auch 2 oder 3 unter diesen 5 oder 6, die den Mut aufbringen, in offene Opposition gegen den faschistisch eingestellten Lehrer zu treten. Aber sie werden es wahrscheinlich nur einmal fun, Denn der Lehrer braucht vor keinem, auch dem brutatsten Mittel nicht zurückzuschrecken, um diese kleinen, aufrechten Kämpfer für immer zu zerbrechen, - ihn werden alle Dienststellen bis ganz oben hin nachdrücklichst in Schutz nehmen; kömpfi er doch gegen "Kultur» bolschewismus"! - Wie? - Ihr meint, die Effernschaft würde hinter dem Kampf der mutigen, kleinen Proletarier stehen? Ach, liebe Freunde von der KPD, wo ist denn euer Cinilug in der Ellernschaft der Bekenntnisschulen? An wieviel Bekenntnisschulen habt ihr denn zur Elternbeiratswahl eure Listen aufgestellt? Und wieviel Sitze könnt ihr denn unter den vielen Hunderten konfessioneller Elternbeiräte aufweisen? Nein! Ihr wollt Kinder, Proletarierkinder, auf hoffnungslos verlorenem Posten kämpfen lassen. wo sie ganz unabwendbar seelisch so zerbrochen werden, daß sich viele von ihnen ihr ganzes Leben lang nicht mehr davon aufrichten werden.

Wer das nicht will, folgt eurer Parole nicht und meldet sein Kind doch zur welllichen Schule an, obgleich sie nur eine unbefriedigende Teillösung des Endziels ist, das
auch für uns heißt "Verweltlichung des gesamten Schulwesens". Gewiß, wir wissen so
gut wie ihr von der KPD, daß im Klassenstaat
jede Schule, auch die weltliche, eine Waffe
im den Händen der herrschenden Klasse ist.
Aber schließlich gibt es ia auch vereinzelte
Schupos, die aus Solidarität mit den Proleten
den Gummiknüppel, wenn sie ihn schon
schwingen müssen, so führen, daß kein Prolet
dabei zu Schaden kommt. Und so gibt es
eben auch Lehrer, die die Waffen des Geistes
so zu führen wissen, daß die von den kapitelisfischen Auftraggebern erhoffte Wirkung

auf die Proletenkinder nicht eintritt. Aber i solche Lehrer gibt es, von ganz seltenen Ausnahmen an Bekenntnisschulen abgesehen, in größerer Zahl nur an den Sammelschulen! Sie sind auch Funktionäre der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, aber sie sind für die herrschende Klasse schlechte Funktionäre, weil sie bei jeder nur möglichen Gelegenheit gegen das System einer Erziehung autorifatsgläubiger Untertanen, gegen das Ziel der Erzichung willfähriger Ausbeutungs-objekte, ihre Arbeit verrichten, und solche Gelegenheiten gibt es wieder nur fast ausschließlich in der mit dem proletarischen Milieu eng verbundenen welflichen Sammelschule. Fragt doch einmal in den Breslaver Bekennfnisschulen berum, in wievielen das "Lied der Arbeitslosen" aus dem Lesebuch der Sammelschulen gelernt wird, in dem es am Ende heißt: _Verdammt noch mal, wir wollen wissen, warum ihr satt seid, und wir hungern müssen!" Es werden nicht viele sein, wahrscheinlich nicht einel Dafür lernen sie lieber von den Vögeln unter dem Himmel und den Lilien auf dem Felde, die auch ohne Arbeit leben, weil der himmlische Voter sie kleidet und nührt. Aber für die "A. Z." gibts keinen Unterschied zwischen der Erziehung in den weltlichen und den konfessionellen Schulent Sie hat dafür nur einen Beweis, und wir sagen, leider hat sie ihn wirklich:

Auch an den Sommelschulen wird "mit dem reaktionärsten Erzichungsmittel - der Prügelstrafe — Erziehungsarbeit geleistet". Ja, leider. Nur wer wie die "A. Z." meint, die weltliche Schule könne garnichts anderes sein als kapitalistische Klassenschule, der sollte sich weder wundern, noch aufregen derüber, deß dort auch geprügelt wird. Nur wir, die wir meinen, die weltliche Schule vermöge auch im Rahmen der heutigen Gesellschaft schon einiges sehr bescheiden vorwegzunehmen von dem wundervollen Geist der Freiheit, der einst im sozialistischen Staat das gesamte verweltlichte Schulwesen durchwehen wird, nur wir haben das Recht, uns gegen prügelnde weltliche Lehrer mit Nachdruck zu wenden. Und wir tun es auch! Wir erklären eindeutig: Prügel und weltliche Schule sind unvereinbar. Und wir stellen zu unserer Freude fest, daß die Mehrheit der weltlichen Lehrer, ganz besonders auch draußen in der Provinz, auf dem gleichen Stondpunkt steht. Und wir stellen aus dieser Tatsache gleich noch etwas fest, einen weiteren Unterschied zwischen vielen weltlichen Schulen und dem Durchschnitt der Bekenntnisschulen: das Vorhandensein einer grundsätzlich neuen Erziehungsgesinnung bei einem großen Teil der weltlichen Lehrerschaft! Aus ihr herous wird der Prügelpädagoge an den weltlichen Schulen eher überwunden werden als an den Dekenntnisschulen. Denn diese zielen ab auf Festigung von Autoritäten, die sich mehr auf furcht als auf Liebe grunden ("Wir sollen Oott fürchten und liebent), und werden deshalb auf turchterregende Strafen nie verzichten können.

Es ist nicht moglich, in emer Zeitungspolemik auf alle fiinzelheifen einzugehen, in denen trotz aller Einengung des Wirkens durch die noch geltenden Schulbestimmungen des kapitalistischen Staales die weltliche Schule sich doch von der konfessionellen unterscheidet. Es sei nur noch auf eins hingewiesen: Wenn diese wettlichen Schulen so ganz und gar im Sinne der Bourgeoisie arbeiten würden, wenn sie sich so in garnichts von den konfessionellen Schulen unterschieden, warum denn dann der Kampt des Bürgertums gegen die Sommelschulen, der Kampf, der um so erbitterter geführt wird. je weiter rechts der Gegner steht? Wer von der Arbeit der Sammelschule noch nichts weiß, dem müßte diese Tatsache schon genügen, um zu erkennen, daß diese Schulen wohl eben doch für das Protetariat etwas wert sein müssen. Und so ontschieden die Hugenberger, Papenheimer und Hillervaner im Lager der Oegner der Sammelschulen elehen, so entschieden muß jeder Prolet im Lager ihrer Freunde und Verfeidiger stehen. Und die beste Verteidigung besteht in der Einschulung und Umschulung von Hunderten, von Tausenden profeterischer Kinder in den Sammelschulen. Der 30. September ist der letzte Termin dafiirl Arbeiterellern, fut eure Pflichfl Macht die Pläne des Kulturfaschismus, die auf Auflösung der Sammelschulen abzielen, durch Masseneinschulungen zunichtet

Schutzbund marschiert

Schlesiens Schutzbundleiter tagen

Wie wir bereits gestern kurz berichteten, hatte die Leitung des SSB Bezirksverband Ost die Gelegenheit der Bezirkskonferenz der SAP dazu benutzt, eine Schutzbundleitertagung zu veranstalten. Leider war die Zeit sehr beschränkt. Die Bezirkskonferenz hatte länger gedauert als man ursprünglich annahm, so daß die Schutzbundtagung erst in den allerspätesten Abendstunden beginnen konnte.

Erfreulich, daß trotz der vorgerückten Stunde das Interesse für den SSB so groß war, daß die Delegierten fast vollzählig der Sitzung beiwohnten.

Wegen der — wie bereits erwähnt — knapp zur Verfügung stehenden Zeit beschränkte sich die Leitung, hauptsächlich die Genossen aus der Provinz zu informieren, theoretisch söwohl als auch praktisch. Eine Reihe Genossen, die von der Leitung mit Informationsreferaten betraut waren, gaben in kurzer, sachlicher, aber sehr lebendig unschaulicher Weise einen Ueberblick über die organisatorische Entwicklung des Schutzbundes in Breslau und Schlesien. Im Vordergrund des Referats atand die bereits getätigte völlige Umorganisierung des Breslauer Schutzbundes. Aus den kurzen Informationen und aus den praktischen Vorführungen, die zwischendurch gemacht wurden, konnte man ersehen, das die Breslauer Genossen hier grundleg nde Aenderungen, die den wirklichen Bedürfnissen einer proletarischen Selbstschutzorganisation entsprechen, vorgenommen haben. In erstaunlich kurzer Zeit ist re- und neuorganisert worden,

Aus den Berichten über die einzelnen Ortsgruppen in der Provinz Schlesien ließ sich ersehen, deß der Schutzbund in den einzelnen Ortsgruppen eine günstigere Entwicklung sogar als die Pertei genommen hat.

In der Praxis wurde an Hand von Vorführungen eines Lehrzuges das Theoretische erläutert.

Besonderen Anklang fanden die Vorführungen einer Jiu-Jitsu-Abteilung. Auf die Wichtigkeit dieser Selbstverteidigungsmethode wurde hesondere hingewiesen

wurde besonders hingewiesen.

Spät noch Mitternacht mußte aber die Sitzung abgebrochen werden. Sie wurde am nächsten Morgen im "Bergkeller" fortgesetzt, wo eine Genossin eingehend über die Frauen-

arbeit innerhalb des SSB und die Aufgaben der Frau in einer proletarischen Selbstschutzorganisation überhaupt berichtete.

organisation überhaupt berichtete.

Die Tagung wies die Notwendigkeit und die Bedeutung einer Abwehrorganisation für das Leben einer revolutionären Partei, wie es die SAP darstellt, nach.

Der gesamten Konferenz kann eine bevorzugte Bedeutung beigemessen werden, da die Genossen aus der Provinz mit wirklich wertvollen Anregungen in die heimatlichen Ortsgruppen wieder zurückkehren durften.

Ehrenrettung für Genossen Häring in Dittersbath

Nach dem Uebertritt des Genossen Häring in Dittersbach, aus der SPD zur SAP wurde von allen SPD-Instanzen, vor allem von der "Bergwacht" eine wüste Hetze gegen Gen. Häring inszeniert. Genosse Häring hat daraufhin die Bergwacht bezw. die verantwortlichen Redakteure verklagt, die folgenden Rückzug angetreten haben.

Erklärung: In der Privatklage-Sache Häring gegen mich nehme ich unter Berrufung auf das Schreiben des Herrn Rechtsmanwalts Dr. Eckstein, die Herrn Häring zugefügte Beleidigungen zurück und erkläre mich bereit, die bisherigen Kosten des Verfahrens, einschließlich der Kostenansprüche des Gerichts zu übernehmen.

Waldenburg, den 19. September 1932 gez. Robert Schulz.

Oeffentliche Versammlung der SAP

Liegnitz, 24. September.

Die SAP veranstaltete am 23. September eine öffentliche Versammlung im "Wintergarten", die sehr gut besucht war. Die Spieltruppe des SJV, "Kolonne Links", eröffnete den Abend mit einigen Szenen und Rezitationen, die großen Beifall fanden. Dann sprach Genosse Walter Fabian über das Thema "Gefahren ringsum! Wo ist der Ausweg?" In treffender Weise skizzierte er die heutige

Situation des Kapitalismus und den Konfikt zwischen Hitler und Papen, um dann ganz klar die Aufgaben der Arbeiterklasse herauszuarbeiten. In der Diskussion sprach ein Vezutreter der Strassergruppe, dessen Worte bewiesen, daß es dieser Gruppe zwar ernst um den Sozialismus zu tun ist, daß aber noch eine völlige Ungeklärtheit der Begriffe vorherrscht. Einige anwesende Kommunisten begrügten sich, durch unsachliche Zwischenrufe die Versammlung zu stören, sich zum Wort zu melden wagten sie nicht. Die Vorsammlung war ein voller Erfolg für unsere Partei.

Ein Nachspiel zu Ohlau

Bring, 25. September.

Das Brieger Sondergericht verurteilte die Reichsbannerangehörigen Baum und Koscharre wegen schweren bezw. einfachen Landfriedensbruchs zu vier und drei Monsten Gefängnis. Es handelt sich um Mitglieder der Reichsbannerjugend Ohlau, die scinerzeit wegen der Vorfälle am 10. Juli in Ohlau angeklagt worden waren; das Verfahren gegen sie war aber damals abgetrennt worden.

Hilfe für Unwetterschäden

Wie aus Berlin gemeldet wird, beschäftigte sich der Hauptausschuß des Preußischen Landtages am Montag mit Anträgen über Unwetterschäden. Es wurde ein Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, nach Prüfung der entstandenen Unwetterschäden u. a. in den schlesischen Kreisen Nimptsch, Reichenbach, Schweidnitz, Waldenburg, Falkenberg O.-S., Breslau, Lauban, Liegnitz, Goldberg, Wohlau, Haynau, Lüben, Leobschütz Glatz, Bolkenbain und Grünberg in Gemeinschtft mit den in Frage kommenden Kreisen, Provinzen und dem Reich eine staatliche Notstandsaktion durchzuführen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Die Verteilung der Beträge soll durch die betroffenen Gemeinden unter Beteiligung von Ausschüssen der Geschädigten erfolgen. Die fälligen Steuern sollen im Bedürftigkeitsfalle gestundet bzw. niedergeschlagen werden, Ferner soll durch Gewährung von Krediten geholfen werden. Zur Verhüfung künftiger Ueberschwemmungen sollen vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, Ferner ist nach dem Beschluß dahin zu wirken, daß bei Vergebung der Arbeiten oder bei Regiearbeiten der vereinbarte Tariflohn zu zahlen ist.



"Ein Gedenkstein für Friedrich Ebert"

"Im proletarischen Norden Berließ, im sogenennten Afrikanischen Viertel, hat die Woh-nungsbrugesellschaft "Eintencht" an der Müller- Swakopmunder, Afrikanischen, Togo-und Windhuker Strufie 1118 Kleinwolmungen für Minderbemittelte (f) erdektet, Die Sledlung hat zu Ehren des verstorbenen ersten Rolchspräsidenten den Nomen "Wohn-giedlung Erfedrich Ebert" echalten. Zum Gedächtnis an ihn ist in der Siedlung an der Ecke der Afrikanischen und Swakopmunder Strabe in einer hesonderen Anlage ein Gedenkstein errichtet worden. Am kommenden Sonntag, 25. September, 12 Uhr, ere folgt die feierliche Enthüllung des Steins, der mit einer von Professor Eberhard Encke hergestellten Plakette geschmückt ist. Die Ein-welhungsrede hält Genosse Staatsminister Carl Severing.

So ist im "Vorwärts" Nr. 447 eine Peier angekündigt worden, die unter Beteiligung des Reichsbanners und im Zeichen -- silerdings schr schwacher - republikanischer Befleggung zum gennunten Termin stattgefunden hat Deren Verlauf ist in jeder Hinsicht, was Beteiligung und Darbletung betrifft, beschei-den zu nennen. Was als Reprüsentation zur Geltung kom, trug den Charakter einer idealisierten kleinbürgerlichen Veranstaltung. Des Nichterscheinen des angekündigten "Ge-nosen Stuatsminister Carl Severing" hat auch den letzten Schein einer demonstrativen Gente verschwinden lassen.

Warum hat in der imponierenden Siedlung für "Minderbemittelte" dieses feierliche Ereignis so wenig Anklang gefunden?

Wir wollen den talentvollen Architekten und deren Auftreggebern gern zugestelsen,

daß sie die Absicht hatten, mit ihren kultutellen Wohnbauten jene Schichten der Arbeiterklasse aus den Mietskasernen des
Wedding loszulösen, die aus Bedürfnis nach
Licht, Luft, Sonne und einer zweckmäßigen Siedlungsgemeinschaft bereit waren, einen höheren Prozentsatz ihres Lohnes diesen

besseren Lebensbedingungen zu opiern. Wie wenig aber der Kapitalismus sich durch dergleichen sozial angehauchte Kulturdokumente imponieren läßt, beweist er den
Werktätigen auch hier. Die Notverordnungspolltik zur Sanierung des Kapitalismus hat
die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf einen Tiefstand herabgedrückt, der sie bald den Ausgebeuteten Afrikas zur Seite stellt und ihnen nicht mehr erlaubt, das modern gebaute "Afrikanische Viertel" im proletaris schen Norden Berlins zu bewohnen. Das hat zur Folge, daß in die für Arbeiterschmilien ge-bauten Wohnugen jene Schlehten der Bevölkerung einziehen, die bisher die Nachbarschaft wohlhabender Leute bevorzugt haben. Mit Ihnen ist das Hakenkreuz eingezogen, in seinem siegreichen Vordringen unterstützt durch einige Maßnehmen der "Eintracht", die Funktionären des kommunistischen zMieferdüsschusses die Mietverträge gekündigt

Die Wohnungsbaugesellschaft, in deren Vorstand der sozialdemokratische Reichskanzler a. D. Bauer vertreten ist, handelt absolut im kapitalistisch-wirtschaftlichen Interesse, wenn er neuerdings auf pilnktliche Ein-haltung des Termins zur Mielebezahlung drängt, auch Mietern gegenüber, bei denen kein Rückstand zu verzeichnen ist.

Dieser tägliche Anschauungsunterricht über den Wert sozial- und kulturpolitischer Einrichtungen bet Beibehaltung kapitalistischer Produktionsweise wird auch jenen zahlreichen Mietern der Ebert-Siedlung, die parteimäßig der SPD nahestehen, immer deutlicher machen, des die Politik, wie sie durch Ebert ver-treten worden ist, wohl seinen militärischen Hellershelfern zum Vorteil gereichte, nicht aber den "Minderbemittelten" einer Gesell-schaftsordnung, die jene als "Vaterland" hei-

Explosion an Bord des U-Bootes "Persée"

Paris, 28. September. An Bord des französischen Unterseebootes "Péraée" explodierten heute, als sich das Boot auf einer Probefahrt zwischen der englischen Küste und der französischen Küste befand, die Akkumulatoren für die Motoren. Hierbei sollen etwa zehn Personen verletzt worden sein. Auf Funkruf des Bootes hin, in dem um tille gebeten wurde, sandte die Marinepräiektur in Cherbourg zwei Schlepper and

Des Unterseeboot "Persée" ist heute abend 22 Uhr, von Schleppern gezogen in dem Hafen von Cherbourg eingetroffen. Wie nunmehr feststeht, ist ein Dieselmotor an Bord explodiert. Der Ingenieur, der den Einbau der Motoren zu überwachen hatte, ist bei der Explosion unas Leben gekommen. Drei weitare Mitglieder der Besatzung wurden schwer and sechs leichter verletzt. Die leichter Verletzten haben ihre Verwandungen vornehmlich erlitten, als sie den an Bord infolge der Explosion ausgebrochenen Brand zu löschen versuchten. Unter sinnen befindet sich auch die Reihe von Werfterbeitern.

Wozu Stadtrandsiedlung!

Als vor fast einem Jahre die hüpgerliche Pache und Tagespresse eine zum Teil ganz vernichtende Kritik an dem Plan der Stadte randsjedlung übte, konnte man glauben, daß die Ausführung dieses abenteuerlichen Platies uns erspart bleiben würde. Die Kritik ist inzwischen verstummt, die Stildte berichten von ihrer vorstädtlachen Sledlungunrheit und Architekten bemühen sich um ein wohlgehilliges Ausselun der Siedlungs-"Häuser". Der Herr Reichs-kapzler hat in Münster nuch Notstandsmaßnahmen auf dem Goblet der vorstädtlachen Siedlung angektindigt, obwohl er nelbst von diesen Matanhaum sich keine erhebliche Arbeitslosenverminderung verspricht, und der Prillat Professor Doktor Schreiber, der als letztes Ziel einer Reform der Großstadt den "gottverbundenen Menschen" bescelchnete, verlängte auf dem Katholikentag in Essen die "Auflockerung der Großstadt durch plan volle Stadtrands

Warum haiten die herrschenden Mächte in Deutschlend die Stadtrandsiedlung zwar nicht file die wichtigste, abor doch für eine ganz

notwendige Aufgabe? Warum wollen diese Mächte möglichet viele Menschen, die in den Städten ihre Mieten nicht bezahlen können und mehr hungrig als als satt sind, nun zwingen, ihr Dasein in kalten und baulich unzulänglichen Elendshütten, ohne Kanalisation, Gas, Elektrizität usw. zu fristen?

Es soll hier nicht untersucht worden, ob man bei der Errichtung einer Siedlerstelle mit 2500 Mark, einschließlich der Arbeitskraft des Siedlers, überhaupt etwas Nützliches schaffen kann oder nicht. Es soll auch nicht darüber gestritten werden, ob die Zahl der

31 Tage Oktober 1932 Sonntag felert die SAP. im Konzerthaus ihr einjähriges Bestehen. Alles mult da seint

bisher errichteten Kleinsledierstellen von 1800 zu hoch oder zu niedrig geschätzt ist,

Vielmehr handelt es sich um die wesentliche Frage, was man bei diesem Unternehmen mit den Arbeitern, die heute in der Politik ungefragtes Objekt mehr denn je sind, für Experimente machen will. Jeder, der sich diese Frage vorlegen und beantworten will, wird sich die Gedankengänge der herrschenden Klasse vor Augen halten müssen: die Arbeiter die weitere Enttäuschungen und eine weitere Vereiendung erleben müssen, werden sich unnlitze Gedanken über ihre Lage machen und der Obrigkeit Schwierigkeiten schaffen. Wenn man "vom Standpunkt zielbewußter Sozielpolitik" aus solche Arbeiter auf einem Stückchen Land außerhalb der Stadt beschäftigt, werden sie andere Dinge zu tun haben, als an den Klassenkampf zu denken.

Es soll kein Mifiverständnis entstehen: enen wenigen Arbeitern, die neben den staatlichen Beihilfen genügend eigene Ersparnisse und landwirtschaftliche Kenntnisse haben, um sich aus der Stadt und der Existenzlosigkeit auf eine rentable Siedlerstelle mit einem bewohnbaren Haus slüchten zu können, will niemand in den Arm fallen. Sie sind als Lendbesitzer auch keine Proleterier mehr.

Kann es aber für den mittellosen Industriearbeiter einen Sinn haben, sich auf eine vorstädtische Kleinsiedlung zu setzen und dort "Besitzer"-Insti**nkt**e zu entwickeln, selbst wenn er in der Stedt nur noch etwas Kurzerbeit hat?

Er kann kein Zweisel darüber bestehen, daß derch solche Methoden zwar nicht eine "Erhöhung des Arbeitsethos" *ers*felt wird, aber Menschen zum Stillschweigen und zum Durchhalten gebrecht werden. Die Unter-nehmer verfolgen eine alte Politik. En gels sagte von flur*):

Verschaff ihnen (den Arbeitern) eigene Hisuser, kettet sie wieder an die Scholle

*) "Zur Wohnungsfrage", Int. Arbeiter-

and the brecht fire Widowson akraft gegen die Lohnherabdrückung der Pabri-

Der Erwerhelose kenn von dem, was er sich an zusätzlicher Nahrung auf der "Siedlung" einrheitet, nicht leben. Und der Arbeiter-Siedler, der noch in Arbeit steht, hat nuch keine ungetrübten Besitzerfreuden. Hierzu sel on old welteres Wort von Bugola er-

"Was die Pamilie auf ihrem eigenen Gärtchen und Poldchen crarbeltet, des erlaubt die Konkurrens dem Kapitalisten vom

Prois der Arbeitskraft abzuziehen." Der Arbeiter, gefesselt an die Siedlung, ist gezwungen, weltere Verelendung zu ertragen. Montha Leute sagen nun, auch die Ent-

wicklung der Stadtrandsiedlungen wird ihre eigene Logik bekommen. Sie trösten sich mit der Ansicht, die Stadtrandsiedlung habe auch für Ansient, die Stadtsandstelling inne auch füre Kehrseite und enthalte die Möglichkeit des dielektlachen Umschlags, Natürlich, jedes Ding trägt von vornherein die Möglichkeit des dielektlischen Umschlags in sich. Sind des dielektischen Umschlags in sich. Sind nicht aber die Erwartungen, die Stadtrandssledier werden zur Revolutionlerung der vorselendeten Bauern und ihrer Hineinziehung in den "sozialen Wirbel" beitragen, etwas zu weit gespannt? Die Meinung jedoch, das diese Kleinsiedler für die Beseitigung des Gerensatz zwischen Stadt und Land eine Reductum behen könnten ist eenst uterwisch. Bedentung heben könnten, ist gens utoplach-

Bei der Beurtellung der Frage, für oder gegen Stadtrandsiedlung, muß die Arbeitersschaft die Absicht und Stellung des Klassengegners in Betracht ziehen. H. H. Wächter.

"Bjeda-Schächte", ein Wort aus der Zeit der Barbarei

Die Kapitalisten haben die Kumpele die Schächte kllometerweit in den Leib der Erde treiben lassen, damit ihr Profit mit jedetn Moter des Schachtes größer werde, damit sie mit ihren Reicht@mern die Gesellschaft beherrschen, die Armen noch ürmer und die Reichen noch reicher machen könnten. Aber die Krise des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab hat das Gras auf den Pabrikhöfen wachsen lassen und hat die Fördertürme zur Brutstätte der Vögel gemacht. Die, die vorher um ihr kurges Leben geschuftet hatten, die die Sklaven des Profitstrebens gewesen waren, dürfen nun nicht einmel mehr als Sklaven ihrer Herren leben, Abox dennoch ist der Lebenswille in den oberschlesischen Kumpols hicht orloschen. Sie wollen leben, denn sie müssen leben, um diesen Zustand der kapitalistischen Barbarei durch den Steg ihrer Klasse beenden zu können.

In Polnisch-Oberschlesjen wurden 1000 sogenannte Bieda-Schächte (d. h. Notschächte) gezählt, die von arbeitslosen Kumpels gegen die geheiligten Besitzrechte des Kapitalismus in den Boden getrieben. Die Zahl der dort tagatts tegein arbeitenden Arbeitslosen wird nuf 8000 Menschen geschätzt. Die Gesomt-förderung aus diesen Schächten der Not meg gegen 1000 Tonnen täglich betragen.

Die Arbeit in den Notschächten ist doppelt so lebensgefährlich wie die zonst übliche Bergmannsarbeit, da den Arbeitslosen die notwendigen Mittel zu Vorsichtsmasnehmen fehlen. So ereigneten sich allein an einem Tage, einem Tage im September, drei amtlich bekannte tödliche Unglücksfälle auf Bieda-Schilchten. Obwohl die Kumpels im wahrsten Sinne des Wortes für eigene Rechnung und Gefahr schuften, liegt ihnen das kapitalistische Profitstreben fern. In Solidarität killt einer dem andern, in Solidarität hat jeder ein pear Groschen für Frauen und Kinder der verunglitickten Klassengenossen geopfert, in Solidarität hat am Beerdigungstage die Arbeit auf den Schächten des Elends geruht.

Mag die Polizei der bürgerlichen Klesse die Notschächte sprengen, um die Herrenrechte an den verlassenen Gruben zu wahren. Das Wort "Bieda-Schächte" soil die arbeitslosen Proletarier an die Not ihrer Klasse mahnen und sie zur größten Anstrengung für die Erreichung der Herrschaft des Proleteriats anspornen. Das Wort Biede-Schächte soll aber gleichzeitig eine Drohung in den Okren der herrschenden Klasse werden, die von dem

unbeugsamen Arbeitswillen von der alles besiegenden solidarischen Kraft der Proletarier

Polizei sprengt Notschächte der Arbeitslosen

Katlowitz, 24. September.

In den Ortschaften Bogutschilfz, Eichenau, Josefsdorf und Schoppinitz hat die Polizel einergische Magnahmen gegen die von den Arbeitslosen errichteten Notschädite unternommen, und zwar wurden die Schäckle unter Dynamit gesprengt. Tausende von Arbeitslosen sahen von weltem mit Erbitferung diesen Vorgängen zu. Den Arbeitslosen wurde dadurch die letzte Verdienstmöglichkeif genommen.

Hier offenbart sich die ganze Sinnlosigkeit und Pluchwürdigkeit der kapitalistischen Wirtschafts,,ordnung" oder besset gesagt "Unordnung". Gezwungen, den kranken Or-genismus "Wirtschaff" em Leben zu ethallen, gelit man mit immer brutaleren Mitteln gegen das Proletariat vor. So wird naturnotwendigerweise der Schullhaufen, der durch des Abbröckeln des Gemäuers am kapitalistischen Oebäude enisieht, nur noch vergrößert.

Boxsleg Schmelings , über Mickey Walker

New York, 26. September. Vor 40 000 Zuschauern boxte houte about Max Schmeling gegen den früheren Wettmeleter im Mittelgewicht, Mickey Walker, In der achten Runde wurde der Destschte zum Sleger durch technisch k.o. ausgeralen, nachdem Walker bis dehin dreimal hatte zu Boden gehen müssen.

Für "des deutsche Anschen im Auslande" ist wieder mal was getan worden! ... "40 000 Zuschauer" — profitlich reiben sich die Manager die Hände und stecken sich die Verdienste ein. Und das Ganze nehmt sich "bürgerlicher Sport".



Benirk Mittelschlesien; Schretarist: Bresiau, Kloine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Partelgenossimmen! Partelgenosseu!

SAPANitylied sein, heigt in joher politisch Organisation electro verantwortlich su arbeiten wie in der Pariei.

Morgen must de als Mitglied desertations des Organisationen die den genannten Versaminlaterat tellachmen.

D. 2: Mt., 26 Uhr. Funblionarmicum. Ullirich, Villa terinstr. 42/44.

Achtung, Distriktsführud! Wo bleiben die Mele dungen der Distrikte 4, 5, 15, 16, 19, 21, 32, 34, 95, 41, 42, 44, 45, 47, 49, 50, 51, 53 mit den über 20 Jahre politisch erganisierten Genosom. Leister Maddetermin: Misswoch, 28. 9., abende von 6 his 8 Uhr, in Partition.

Karten für den 2. Oktober! im Augushlich sind statische Harten ausgegeben. Wir erentien daher elle Distriktführer und Kartenvertriebslende und aus Mittwoch, 28, 9., in der Zeit von 6-6 ifter etrande im Parteiburg zu meldens 1. Wieviel Harten als

verkauft zu betrachten sirid? 2. Wieviel Karten zutückgegeben werden? (diese sind sofort mitzubringen)!! 3. Wievlei Harton neck gebrauchs werden?f

Projetarische Kulturgemeinschaft. 28, 9., 19 Uhr, wichtige Arbeitsausschußtfizing.



Sekretariat. Ht. Flotsey, 3 Sprechstumen Dienstag, Wastwork a. Freitag von 10-12 Enr a. Donnering 900 16-20 Lar

Heut, Dienstag, 20 Uhr, kommen recht viels zur Sprechchorprobe ins Heim, Finben- Ecke Meridiete. (Turnkleidung.)

H. 6: Do., 20 liber, Fleten: "Den wird anob interessieren". Montetische Jupané, Zantsele Orthete. 1416. Heur, 19.30 Uhr, let alles tes Pietes, Wiebrige beliefieden eachen stad su bespresiese,

Vermiteror Michi Paul Hanne neck, Brislin; iggen Herbert Sehels, Breslau. Verlag: "Sozialistikila Arbeitersteitung" Breslau. Lehadruch: Th. Schilliche AG., Breslau, News Graupenstr. 7. Bedahtiem: Breslau, Kleine Helminele 3, 1 Tinggo.

Telephon 206 02.

consupprotes Derch die Post bezogne RM. 2.10 and RM. 0.36 Zustellgebühr. Derch des Verlag besegen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreunbuhr. 2.10 suntgfieb RM. 1.30 Porto

modelleb. incorporated Superintary ericist and

Dicenter, 20—23 Uir Aborn, Forstellung E.S. 1997 Freischiltz About Vorteilung F2 Ser Megende Reilander Dommestay, 20-gegen 23 Blar Der Zereutisch

LOBETHEATER Tiglich 20.15-22.25

Spiel im Sch**ice**

Tiglich 20.15 - 22.20 Uhr Control of the last of the las

Besucht das

..Proleton ** Arbeiter-Sport-Kartell

"Der Niedergang des deutschen Kapitalismus" von Fritz Sternberg soeben erschianen

Ladenpreis 9 Mark

Genossinnen und Genossen der SAP erhalten nach wie vor das Werk for alle Min. Njemend versäume diese günstige Kaufgelegenheit.

Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kielle Hokestelle 3.



Maxim Gorki Zum 40 lährigen Schriftsteller-Jubilitum des Arbeiter-Dichters

Von A. Lunatscharski')

Gostern begannes in der genom Sowietunion die Feierlichkeiten an-Millet des 48 Mhrigen Schriftsteller-Julilauma Maxim Gorkin

Große literarische Ereignisse, bedeutende sehrlitztellertsche Personlichkeiten erscheinen in den meisten Fällen, vielleicht immer, in der Folge großer gesellschaftlicher Verän-derungen, sozialer Katastrophen. Die literarischen Meisterwerke sind Signale solcher Erscheinungen.

In seinen genialen Arbeiten über Tolstol, die kein marxistischer Literaturhistoriker oder Keitiker aus dem Auge verlieren darf, hat Lenin, gleich die grundlegende elementare gesellschaftliche Ursache für des Auftreten Televois bestimmt. Diese Ursache seines großen Telentes, seines Erfolges in ganz Britisend und in der ganzen Welt, die Quelle seiner unsterblichen künstlerischen Errungen-Schaften, des Reichtums seiner philosophischen und socialen Gedanken lag einzig und allein in der kolossalen Katastrophe, die sich damals über Rufland hinzog. Das alte feudale Rufi-land starb unter tödlichen Qualen, unter dem schonungslosen Angriff des Kapitals.

Der Held - unglücklicherweise der pas a stwe Held - dieses schrecklichen tranene und blutreichen Dramas war der russische Bangr.

Trenon, Leiden, Zerstörung, Verzweife lung und Fäulnis, schrechliche vernichtende Verständnislosigkeit und Auswegslosigkeit drückten wie ein dunkler Alp auf dem Lande mit der Frage: Wo ist die Wahrheit?

Und es fand sich ein Mann, der durch seine Herkunft, durch seine Bildung und Kudtur, durch seine Sensibilität und schriftstellerische Begabung befähigt war, das Leiden der Bauern und ihre Verständnislosigkeit künstlerisch zu gestalten. Es war ein Guts-besitzer. In den Werken Tolstois dominiert der bäuerliche Geist. Seine Werke sind bes herrscht von den Fragen der Bauernnot. die die innere Welt des Grafen übertonen. Aber es gibt in thnen such Elemente des Feudalismus. Dies hatte den Adlerblick Lenins nicht beiert, er blieb nicht an der Oberfläche und hat Tolstoi nicht als den Schriftsteller des Feudaladels bezeichnet. Nein, nicht vom Adel rührt der flammende revolutionäre Geist Tolstois her, der über Throne, Altare und den Adel selbst hinweggefegt hat; nicht vom Adel stammt der im Grund genommene verderbliche tödliche Geist der Versöhnung, der Geduld und der Widerstandslosigkeit, der lahrhunderte hindurch der Helfer der Henker war inmitten der Bauernschaft selbst.

Die Bourgeoisie kam an die Macht, sie befastigte thre Mucht als herrschende Klasse, wenn sie auch die Macht mit dem Adel teilte. Aber das waren schon kapitalisierte Gutsbesitzer, das waren diejenigen, von deren ersten Typen Tolstol in seiner Anna Karenina mit Verachtung sprach.

Im allgemeinen hatte sich der Geldsack gültig dem Lande auf den Hals 1 Er hat aber nur zu einem gewissen Grade seine relative kulturellawirtschaftliche Rolle erfüllt. Manches hat er wohl geschaffen, doch noch mehr zerstört.

Die historische Erfahrung anderer Länder und der eigene Instinkt sagten es dem rusa sischen Kapitalismus, daß das modische europäische Gewand des Parlamentarismus, das auf den Schultern der ausländischen Bourgeoisie sich so gut ausnahm, ihm durchaus nicht stand. Und obwohl der satte russische Kapitalismus manchmal auch etwas Unartikuliertes über Konstitution von sich gab, stützte er sich am meisten auf die Gendarmen

Und doch war dieser Kapitalismus, der das Land sowohl mit seiner Entwicklung als

Der Artikel Lunatscharskijs, des Volks-kommissers für Kunst und Literatur der UdSSR, entstammt der "Inprekorr" und stellt Auszüge aus einem längeren Aufsatz der.

auch durch setus Unsutwickeltheit untur-drückte, eehr krauk. Er ikt en Melencholie. Ihri quitten schlinzne Voraheungen. Er wer voller Angst und innerer Zwiespältigheit. Er hette seine Schlauhöpfe, seine Gewaltorgene, aber sie alle trugen en sich des Zeichen der Verurteilten. Nicht zur Freude und nicht zu langem Leben war dieser Ritter in geldener Ausrüstung und mit schwechem Herzen

Das Wachstern des Kapitals drückte natürlich weiter auf das Dorf. Aber nicht das Stöhnen der Bauern war es, daß das neuartige künstlerische Organ die verschledensten Pfeifen der wohltönenden Orgel füllten, die

der junge Gorki spielte. Nach seiner sozialen Lage stand ihm der konservative, sumpfige, sinnles elende, von uralter Routine gefangene und durch allerlei Sonderlichkeiten komische städtische Kleine

bürger nüher. Bei diesem berann Gorki. Später beschäftigte er sich mit einem seiner sonderbarsten Abarten, dem Lumpenproletarier, und schließlich kam er zum Proletariat.

Wenn wir aber von Anfang en der Musik Gorkts fauschen, so kunnen mir die obereftschlichen, willkuritchen, dummen Theoretiker nur mit einem Lächeln abweisen, die behaupten, daß Gorkl ein kleinburgerlicher Schriftsteller sei.

Folgen wir den großen Spuren Lenins, können wir auch in Bezug auf Gorkt sagen: Nicht vom Kleinbürgertum hat Gorki seine unbändige, stürmische, helle Lebensfreude, die bei ihm von seinen ersten Zeilen an durchbricht.

Nicht vom Kleinbürgertum hat Gorki die rücksichtslose, grimmige Unzufriedenheit mit dem bestehenden Uebel, nicht vom Kleinbürgertum rührt der feste Glaube an den Menschen, an seine mächtige Kultur, an selnen nahenden Sieg her; nicht vom Kleinbürgertum stammt der Falkenruf der Kühnheit und der stürmische Ruf von der nahenden Revolution. Alles dies kommt nicht vom Kleinbürgertum - es kommt vom Proletariat.

Der soziale Fortschritt, der Tolstoi gebar, und der als der Einbruch der angreifenden kapitalistischen Industrie in das alte Kuffland bestimmt werden kann, war sozusagen ein einseitiger und auswegsloser

Fortschritt. Ideologisch flüchtete Tolstol aus seiner historisch verurteilten Klasse zur Bauernschaft. Aber auch die Bauernschaft hatte keinen Ausweg. Erst viel später konnte ein Ausweg für die arme Bauernschaft gefunden und ihr dieser Ausweg durch das siegreiche Proleteriat gezeigt werden.

Der historische Fortschritt, der Mexim Gorki gebar, war hingegen ein zweiseitiger und trug den Ausweg

Obwohl das Kapital mit bleierner Schwere auf dem Lande lastete, so trug es doch bereits Risse an sich, die von seiner Kurzlabigkeit gar in die Literatur ging eugten. Sieg des Kapitalismus nicht so sehr mit Slegeshymnen ein, als vielmehr mit Aechzen und Kreischen.

ist es nicht sonderbar, daß es direkt schwierig ist, in der russischen Literatur einen einigermaßen namhaften Schriftsteller zu finden, den man einen Barden des Kapitalismus nennen könnte? Die Versuche von Pereversew, diesen Platz einzunehmen, scheinen mir sehr mißlungen zu sein.

Hingegen hette der Kapitalismus seinen proletarischen Unterbau, dem die Geschichte dann die menschliche Gesellschaft übertragen

mußte. Was dem größten literarischen Schilderer jener Epoche, Maxim Gorki, vor allem auffiel, war wohl die andere Seite des Kapitalismus, das erbärmliche Gejammer des Kleinsbürgertums, auf dessen Knochen der Wagen des Kapitalismus hinrollte, ebenso wie über die Knochen der Bauernschaft. Dieses Gejammer war der erste elementare Mißklang aus dem der stürmische Akherd des Gorkischen Zornes erwuchs.

Gorld het seinen Lukas (im "Nechtasyl") als Monachen versiteilt, der die Leidenden in der Weise troebet, daß er ihnen diese oder jane betäubende Lüge einflößt. Gorki wollte den Armen nichts vorlügen, die er als seine Brüder empfand. Der verlogene Trost, der "erhebende Betrug", die sich in seine Feder drängten, wurden von seiner etrengen Ehrlichkett verworfen. In dieser Ehrlichkeit, in diesem Mut kam schon in den ersten Johren seiner Tätigkeit - für Gorki selbst kaum bewußt - die nahende neue Musik zum Durchbruch: der Marsch der heranmarschles renden proleterischen Betaillone.

folstoi nährte einen großen Haß gegen des Kapital und ließ sich vom Glanz der europäischen Kultur nicht bestechen. Nach elnem Besuch in Europa kem er voll innerer Wut zurück. Er hette in ihrem ganzen Umfange scharf die Unwahrheit benierkt, die unter der mit Marmor geschmückten und mit Gobelins verhangenen Oberfläche lag.

Auch Gorki wurde zu einem geschworenen Feinde des Kapitals schon in seinen jungen Jahren. Auch ihn konnte der amerikanische "goldene Teufel" nicht betrügen, und er spuckte Gift und Gaile ir, das Gesicht des bourgeolsen "herrlichen Frankreichs".

Tolstoi erkannte scharf jede Kleinmittige keit, den bitteren Rausch, die erbarmliche Verschmitztheit, die spinnenartige Unmenschlichkeit aller Arten kleiner Leute.

Auch Gorki liebte es, mit einer schreckene erregenden Eindringlichkeit Abfallhöhlen ums zugraben und das dort aufzufindende Abscheuliche zu zeigen.

Aber nightsdestoweniger machte Tolstoi gerade hier Helt; nachdem er von dem alte bäuerlichen Bild abwusch, was ihm nur aufgetragenes Acufieres schlen, restaurierte er wieder das altertumliche Vorbild der Väter und Ahnen, der heiligen Akimows, der halb noch ins Land der Fabein gehörenden Patriarchen usw.

Auf dem Mythos über das heilige Bauerntum, auf dem Mythos, wonach in jedem Bäuerlein ein "guter Mensch" sitzt, der nur darauf brennt, in Erscheinung zu treten, baute Tolstol für die Menschheit sein mystisches indisch-himmlisches Paradies auf.

Gorki, so schien es, machte bei den kleinen Menschlein halt, aber wie einen Goldklumpen in einer goldtragenden Schicht auchte er unter ihnen große und stolze Exemplare. Es schien ihm, daß er sie dort fand, wohin der Lebensstrom die für das Leben selbst scheinbar Unfählgen hintrieb, dort, am Boden, unter den Wolfmenschen, unter haltlosen Predigern der Auflehnung, deren Persönlichkeit weder durch Eigentum noch Moral zusammengehalten wurde, unter den antisozialen in-stinktiv anarchistischen Figuren.

Aber in diesem so antitolstojanisch wie nur möglichem Abschnitt seiner Entwicklung machte Gorki nur kurz halt.

Er erblickte die verheißungsvolle Morgenröte der Pabrik, er bewegte sich zu dem Leuchtturm der feuerspelenden Fabrikkessel hin. Es ereignete sich eine natürliche Vereinigung Gorkis mit dem Proletariat, mit seiner Vorhut -- den Bolschewiki.

In der Literatur ist diese außerordentlich bedeutende Tatsache durch viele glänzende Werke gekennzeichnet, unter denen sich "Die Feinde", "Die Mutter" und "Das Leben des Klim Samgim" hervorheben. Daraus ergibt sich natürlich auch die völlig verschiedene Einstellung Toistois und Gorkis zu den grundlegenden kulturellen Werten der Menschheit. In den Schmähworen Toistois an die Adresse der bürgerlichen Wissenschaft und bürgerlichen Kunst ist viel Wahres, aber er schüttet des Kind mit dem Bade aus. Und dieses Kind, wie schlecht die herre schenden Klassen es auch erzogen haben

mögen, ist immerhin stark und lebensfähig. Wenn Leute alten Schlages, denen Tolstoi sich anschloß, Wissenschaft und Kunst miß-

traulsch gegenüberstehen und die Technik verachten, so begrift sie das Proletariat aus gennam tierzen und macht sie zu seinen eigenen Kindern. Das Proletariat weiß, daß Wissenschaft und Kunst nur im Son plalismus in three ganzen Kraft aufblühen

Auch Gorki weiß das; ich glaube, daß es auf der ganzen Welt nur wenig Leute gibt, die mit einer solchen frohlichen Hingerissenheit den schon verwirklichten Erzungenschoften von Kunst und Wissenschaft gegenüberstehen und so ungeduldigen Herzens ihren neuen Wundern entgegenzehen.

(Schiul folgt)

Wie die Sowiet-Union Gorki felert

Moskau, 24. September 1932.

Am 25. September wird die Sowjetunion das vierzigiährige Schriftstellerjubiläum Maxim Gorkis feiern. In diesen vierzig Jahren hat Gorki als Schriftsteller und auch sonst uns ermüdlich im Dienste des Proleteriets gewwirkt. Als gerade in der letzten Zeit die Solde schreiber der Bourgeoiste sehr eifrig Lügen und Verleumdungen über die Sowjetunion verbreiteten, war es wieder Gorki, der diese auf frischer Tat ertappte Meute in die Schrenken wies,

Trotz seines vorgerückten Alters widmet sich Gorkt in erstaunlicher Jugendfrische dem gesellschaftlichen Leben in der Sowietunion. Auf seine Anregung und unter seiner unmittelbaren Leitung entsteht die "Geschichte der Pabriken und Betriebe", ein Riesenwerk, zu dem Zehntausende Projetarier beitragen. Daneben ist Gorki ein eifriger Vorkampfer der modernen Technik in der Landwirtschaft.

In allen Teilen der Sowjetunion, in den Betrieben. Kollektivwirtschaften und Sowjet-gütern, überall rüsten die Werktätigen zur Feier des vierzigjährigen Jubiläums three großen Schriftstellers. Das ganse Projeteriet, die werktätigen Massen der ganzen Sewiet- union wärdigen Gorkis nie erlahmende Aktivität, seinen unermüdlichen Kampf gegen die Gefahr eines interventionskrieges und eines neuen imperialistischen Krieges.

In Gorlowka (Donezrevier) haben die Bergarbeiter einstimmig Gorki den Titel eines "Ehrenhauers" verliehen und sind bei der Regierung vorstellig geworden, damit Gerki der Leninorden verliehen wird. In Leningrad findet ein Kongreß der "in die Literatur auf-gebotenen Stoßarbeiter" statt. In sämtlichen Theatern und Kinos Leningrads werden Schriftsteller vor Beginn der Vorstallungen über die gesellschaftliche und literarische Tätigkeit Gorkis eine Ansprache halten. In Baku erscheint eine Sonderausgabe in turke menischer und ermenischer Sprache, die Gorki gewidmet ist. Sondernummern erscheinen auch in Baschkirien. Im Urel sind in allen Betrieben und Kollektivwirtschaften Massenversammlungen vorgesehen, denen sich Gorkifeiern in den Klubs, Leschallen und Theatern anschließen werden. Der Jubis läumsausschuß der Uraler Schriftsteller organisiert ein neues "Aufgebot von Stoffe arbeitern in die Literatur." In Usbekistan gelangen in den Theatern und Kinos Gorkie Werke zur Aufführung. In Taschkent ist das neue Drama von Gorki "Jegor Bulytschaufin die usbehingen Sanache überteten. in die usbekische Sprache übersetzt und wird am 25. September aufgeführt werden. Die Belegschaft der Landmaschienfabrik in Taschkent hat beschlossen, den secha besten Stofibrigaden den Ehrentitel "Gorkibrigade" zu verleihen.

Die Belegschaft der Leningrader Masschinenfabrik "Karl Marx" hat an Gorki einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heifit:

"Das beste Geschenk wird für dieh die Verwirklichung deines Gedankens, "Geschichte der Fabriken und Betriebe", sein.

Die Arbeiter versprechen, den sie bis zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution den ersten Tell dieser Geschichte vollenden werden. Auch in dem roten Manchester, in Jwanowo-Wossessensk, wird Meterial für die "Geschichte der Fabriken und Betriebe" gesammelt.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman Von THEODOR PLIVIER Copyright 4932 by MALIE-VERLAG A.-C., Berlin W 50 Alle Rechts, besonders die der Überzetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Wie sie herauskommen, fährt gerade ein Lestauto vor. vollbesetzt mit Marinern von der "Thüringen", von der "Heigoland", vom "Großen Kurfürst", vom "Derfflinger", die von Celle herübergekommen sind.
"Wo tagt der Soldatenrat?" fragt der

Chauffeur, "Hier drin, im Wilhelmsgartenl" antwortet der Matrose mit dem Brandmal.

Menach, Alex, das bist ja du!" Ein Derfilingermann erkennt den mit dem Mal. Er bewohnte mit ihm dieselbe Schiffskasematte: "Wo wollt ihr denn hin, Alex?"
"Wir gehen den Herzog absetzen!"

"Den Herzog absetzen? Jungens, da müssen wir mit! Chauffeur, los, dreh um!" Aber die Matrosen sind durchfroren vom Stillstehen und der Fahrt auf dem offenen

"Ach Quatsch, laß die mei machen!" "Wir wollen uns erst mal aufwärmen!" "Und mal sehen, ob wir eine Kanne warmen Kaffee kriegen!"

Bine knappe Viertelstunde später betreten die Abgesandten des A. und S-Rates das herzogliche Schloß. Der Herzog erwartet die Deputation schon, und sie gelangt ohne weiteres bis in die Vorzimmer. Ein Adjutant in Zivil fragt nach ihren Wünschen und geht

sie bei seiner Hoheit, dem Herzog, anmelden. Sie sitzen um einen ovalen Tisch herum. Wie beim Zahnarzt im Wartezimmer, nur ein bißchen geräumiger!"

Rode gießt sich aus einer Karafie ein. Bloß Wasser ... bemerkt er enttäuscht. Dann entdeckt er auf einem Nebentisch eine Kiste Zigarren. Er steht auf, holt die Kiste, und nachdem er sich eine herausgenommen hat, reicht er sie höflich weiter.

"Eine Herzogszigarre, kriegen wir nicht alle Tage. Ja, wie ist das jetzt eigentlich -der Herzog und die Herzogin, wie werden die eigentlich angeredet?"

Der Derfilingermann schnauzt ihn ant "Na, mach bloß keine Mcakenke. Der Herzog und die Herzogin — die heißen jetzt einfach Herr Braunschweig und Frau Braunschweig, und domit fertig.

Aber es kommt zu gar keiner Anrede. Sie haben gerade ein paar Züge an ihren Zigarren gemacht. Die Tür geht auf und der Herzog

"Ich sehe, Sie haben sich schon bedient. des enthebt mich meiner Gestgeberpflicht Darf ich erfohren, was Ihr Bogehren ist? Die Abgesandten des A- und S-Rates sind

aufgestanden. Der mit dem Brandmal übergibt dem Herzog das Dokument:

"Wir haben Ihnen im Auftrag des Volkes dietes Schriftstück vorzulegen, über dessen Unterzeichnung Sie sich sofort schlüssig werden müssen!"

Der Herzog hält das Stück Papier in der Hand, einen halben Quartbogen, fünf Schreibmaschinenzeilen:

Braunschweig, den 8 Nov. 1918 Ich, "Ernst August Herzog von Braunschweig und Lüneburg", erkläre: daß ich für mich und meine Nachkommen auf den

Thron verzichte, und die Regierung in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates lege. Darunter eine Unterschrift - Zander, Vor-sitzender des Soldatenrates, und eine zweite, "Merges Vorsitzender des Arbeiterrates"; doch die zweite Unterschrift ist durch-

gestrichen. "Ich bitte Sie, sich noch 30 Minuten zu gedulden. Bedienen Sie sich inzwischen!" Mit einer einledenden Handbewegung auf die Kiste Zigarren verabschiedet der Herzog sich wieder und geht mit seinen Begleitern ins

Nebenzimmer zurück. Brnst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg, ein begeisterter Pferdezüchter, Hundelisbhaber und ein interessierter Autosportsmann, hat sich von politischen Dingen niemals aufregen lassen. Von dem größten politischen Ereignis seiner Regierungszeit, dem Weitkrieg, hat er sich schon nach sehr kurzer Teilnahme zurückgezogen, um nach Braunschweig zu seiner Gemahlin, seinen Pferden, Hunden und Autos zurückzukehren. Auch die Frage der Thronentsagung erschüttert den Herzog nicht übermäßig. Die Be-sprechung mit den herbeigerufenen Ministern und obersten Beansten — Freiherr v. Knigge, v. Grone, auch die Herrogin nimmt an der Konferenz teil -- dauert nicht lange. Schon nach zwanzig Minuten kommt der Herzog ins Vorzimmer zurück und überreicht dem Ma-trosen vom Panzerkreuzer Derfilinger das von ihm unterfertigte und von den Ministern gegengezeichnete Dokument.

Zehn Minuten später nimmt Merges, der Vorzitzende des A- und S-Rates, die Urkunde entgegen und verfast sofort einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem Braunschweig zur selbständigen Provins des republikanischen Deutschland erklärt wird.

Noch am selben Abend sind Raumschuh

und Bonczyk weitergefahren. Der Derfilinger mann Alex Dankert und noch etwa hundert Matrosen sitzen im selben Zug, der fahrplan-mäßig über Magdeburg, Rathenow nach Berlin gehen soll.

Berlin mit seinen Aemtern und Ministerien, die Hauptstadt des Reiches, mus genommen werden - erst dann sind die Meuterer keine Meuterer mehr und keine vogelfrei durch des Land schweifenden Banden - erst, wenn die rote Pahne am Brandenburger Tor und am Flaggenmast des Kaiserlichen Schlosses weht, hat die Revolution gesiegt!
Magdeburg und Stendal haben sie passiert.

Durch das zerbrochene Waggonfenster weht die Nachtluft herein, vom Erdboden aufsteigende Nebel, Rauch von der Lokeenotive. Kalt und seucht wischt es über die Gesichter und hängt sich en die Kleider. Es ist wie auf nächtlicher Kriegswache an Bord: einer oder mehrere helten sich mit Rauchen wach, die anderen liegen in verknäulten Haufen beieinander. Die Notwendigkeit, in jedem Moment fertig zum Aufspringen sein, macht den Schiaf unruhig und die ennatürliche Körperlage macht ihn schwer mit Träumen. Was hier fehlt, ist das klaischende Schlagen der Wogenköpfe gegen die Bord-wand, das Klingen des Wetters in den Masten und Stegen, das rhythmische Stampfen der Maschinen,

Als ob etwas verloren gegangen seil So schnell sind die graven Schiffe der Flotte Vergangenheit geworden. In dieser Waggon voller Menschen schwelt noch einmel das Bewußtsein der übervölkerten Kasematten, das Gefühl der gemeinsamen Bewegung nach der Schifferoutine, das pendelnde Auf und Ale der Wachen. Und wenn der Zug anhält, die Insessen auseinander laufen, wird alles aus (Fortsetzung folgt.)

Ende des englischen Weberstreiks

Abwürgung des gewaltigen Kampfes mit einem Lohnabbau von 8-9 Prozent

Der "Vorwärts" bringt unter "Eigenbericht" aus London folgende lakonische Meldung:

"Am Mittwoch nehmen die 150 000 streikenden Arbeiter der englischen Baumwollwebereien die Arbeit wieder auf. Die Streikenden von Burnley mitssen nach den Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften innerhalb der nächsten zwei Monate ebenfalls wiedereingestellt werden."

De der Eigenbericht für den "Vorwärts" zweisellos aus den Reihen der englischen Arbeiterpertei bzw. der englischen Gewerkschaftssührung stammt, ist mehr als auffällig, daß hier mit keinem Wort erwähnt wird, unter welchen Bedingungen der Kampf abgebrochen wurde. Man will offensichtlich den Geutschen Arbeitern verschweigen, unter welch käglichen Zugeständnissen die reformistische Gewerkschaftssührung in England kapituliert hat. Das Verschweigen dieser Tatsache bestätigt nur die von der "SAZ" schon in ihrer Nummer vom 25. September gebrachte Meldung, daß die Vereinbarung zwischen Gewerkschaftssührung und Unternehmern einen Lohnabbau von 1 Schilling 8½ Pence auf 1 Pfund Sterling, d. h. rund 9 Prozent, vorsieht.

Es wäre von größtem Interesse zu erfahren, mit wolcher Begründung die Gewerkschaftsführung diesem ungehouerlichen Lohnabhau zustimmte, dieselben Pührer, die vor Ausbruch des Streiks in beweglichen Worten darlegten, daß die Unternehmer von Lancashire trotz der Krise Riesen profite einheimsten und daß eine erneute Lohnkürzung für die Textilarbeiter einfach untragbar wäre. Mag sein — und das ist das Wahrscheinliche — daß der nurgewerkschaftliche Abwehrkampi wenig Aussicht auf Erfolg und Sieg hatte. Das ergibt aber für England genau dasselhe Bild wie in Deutschland: die alte reformistische Gewerkschaftsführung will aus der in immer stärkerem Maße vorhandenen Erfolglosigkeit nur gewerkschaftlicher Kämpfe die notwendige Schlußfolgerung einer Ueber-leitung dieser Kämpfe in politische Massensktionen nicht ziehen. Aus Purcht vor den revolutionären Konsequenzen derartiger Kämpfe weicht sie immer weiter zurück, duldet die immer größere Verelendung der Massen.

Des ergibt auch für England die Notwendigkeit des verstärkten revolutionären Kamples in den Gewerkschaften für die notwendige Kursänderung und Umgestaltung der Gewerkschaften zurevolutionären Machtorganen.

Empörung der städt. Arbeiter über den neuen Lohnraub

In einer auf Verlangen der Betriebsrøfsvorsitzenden der städtischen Betriebe vom Gesamtbetriebsrat beim Magistrat Breslau einberufenen Sitzung am Montag, den 26. September, wurde Stei-lung genommen zu dem für 1. Oktober angekindigten Lohnabzug. An die erläuternden Worte des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden über den geplanten Lohnabzug von 3 bis 6 Pfennig pro Shinde für alle städtischen Arbeiter schloß sich eine lebhafte Debatte. Von Seiten des Ocsamtverbandes schilderte Kollege Blank die Schriffe, die von der Gewerkschaft bisher unternommen wurden, um den Abzug zu verhindern. Die einzelnen Betriebstatsvorsitzenden schilderten an Hand von fleispielen des Elend unter der bladtischen Arbeiterschaft Es wurde nigeführt, daß im Durchschnitt die tiondworker als.

die Bestbezahlten mit 2 Kindern die Woche 31,00 Mark

verdienen. Nach Abzug von Miete, Gas- und Stromrechnung, Verband, Versicherung und Zeitung bleiben

für die familie mit 2 Kindern die Woche 15,00 Mark zum Leben.

Von diesen 15,00 Mark muß die Ernährung. Bekteidung und Erhaltung der Wirtschaft bestritten werden. In den unteren Lohnklassen wirkt es sich noch katastrophaler aus. Es wurde von den Vorsitzenden die Stimmung der Belegschaft dahin gekennzeichnet, daß durch den geringsten Anlaß etwas Platz greifen muß, wofür sie als Betriebsräte die Verantwortung nicht übernehmen können. Folgende Entschließung wurde einstimmig gefaßt:

Die Betriebsraisvorsitzenden sämtlicher städfischen Betriebe haben in einer Sitzung zu der geplanten Restangleichung der Löhne der städlischen Arbeiter, die auf Grund des § 7 Abs. 4 der 2. Gehallskürzungsverordnung durchgeführt werden soll, Stellung genommen. Der Magistrat der Stadt Breslau als Beauftragter der Reicheregierung soll am i Oktober diese Angleichung vornehmen. Die Vorsitzenden sind einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß ein weiterer Lohnabzug nicht mehr von der städtischen Arbeiterschaft er.tragen werden kann. Die verschiedenen Lohnkurzungen, welche seit 1. April 1931 stattgefunden haben und bis jetzt 25.Pfg. die Stunde inkl. 3 Pfg. Hausstandszulagen betragen, haben eine Verelendung herheigeführt, welche bei weiterem Abzug von 6 und 3 Pig. die Stunde zum Zusammenbruch der Houshalle führen muß.

Die Folge der schon lange schwebenden Restangleichung hat zu einer steigenden Unruhe in den Betrieben geführt, die durch die letzlen Notverordnungen gesteigert und bei Durchführung des drohenden Lohnabzuges zu? Explosion führen muß. Niemand kann die Verantworlung dafür übernehmen, daß die Arbeiter gezwungen werden, sich vor weiterer Verelendung zu schiitzen. Die Auswirkung einer dann unvermeldbaren Arbeitsnieder legung in den Versorgungsbetrieben der Stadt muß zu unheitvollen Situationen für die städlische Bevölkerung führen.

In Erkenninis dieser Lage ersuchen die Betriebsratsvorsitzenden alle matgebenden Stellen von den genlanten Matjantanen in

dieser politisch und wirtschaftlich beweglen Zeit Abstand zu nehmen.

Wir als die uns verantwortlich Fühlenden warnen in leizter Stundel

Am kommenden Freitag wird eine Funktionärversammlung der städtischen Arbeiter zu der Frage Stellung nehmen.

Tarifkonflikt Im Berliner Einzelhandel

Im Einzelhandel tobt sich die Lohn- und Gehaltsabbauwut der Unternehmer seit Jahren in einer maßlosen Weise aus. Seit 1930 wird von den Unternehmern jeder Tarifablauf rücksichtslos ausgenutzt und immer aufs neue der Lohn- und vor allem die Gehaltur gekürzt. Und stets fanden sie bisher die Unterstützung des Schlichters, der die tollsten Lohnabbausprüche fällte und für versbindlich erklärte.

Bei dem jetzt bevorstehenden Tarifablauf fordern die Unternehmer nicht mehr und nicht weniger als daß der Tarif für die Ansgestellten so gestaltet wird, daß ihnen jederszeit die Festsetzung der Gehalts, Arbeitszeits und Urlaubsbestimmungen selbst überlassen bleibt. Der Tarif soll eigentlich nur noch den Zweck haben, die Angestellten einseitig zu binden, daß sie in den einzelnen Betrieben keine Widerstendsaktion durchführen können, dem Unternehmer dagegen aber volle Freiheit lassen.

Obwohl die Arbeitslosigkeit und der wirtschaftliche Druck auf die Angestellten riesengroß ist, hat jedoch der neueste Vorstoß der Unternehmer die Grenze der Geduld der Angestellten überschritten. Das kam selbst bei den Verhandlungen zwischen Unternehmers und Gewerkschaftsvertretern zum Ausdruck, wo von seiten der Angestelltensvertreter erklärt wurde, entweder unversänderte Verlängerung des bisher bestehenden Tarifes oder Verzicht auf Tarif und Kampf mit allen Mitteln gegen jegliche Verschlechterung der Gehaltss und Arbeitssbedingungen.

Schwäbische Notverordnung

Die württembergische Regierung hat zur Deckung des Fehlbetrages von rund zehn Millionen RM. zwei Notverordnungen em lassen, durch die dem Staatshaushalt für 1952 7 Millionen RM. neue Deckungsmittel zugeführt werden. Vier Millionen RM. davon entfallen auf die Einführung der Fleischsteuer, drei Millionen auf die Aenderung des Zeitpunktes der Auszahlung der Beamtengehältenen RM. Einen Teil davon hofft die Regierung durch die Sparmafunahmen zu decken, die in dem neu eingesetzten Länderausschuß besprochen werden sollen.

In Frankreich 50 % Außenhandels-Rückgang

Paris, 26. September. In den eraten acht Monaten des Jahres 1952 betrug die Einfuhr nach Fransreich 51 606 972 Tonnen im Werte von 19 941,4 Mill. Franks; das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1951 einen Rückgang um 8 269 107 Tonnen im Werte von 10 079,9 Mill. Franks. Die Ausfuhr bellef zich auf 15 121 686 Tonnen im Werte von 12 956,2 Mill. Franks, was gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Vermindorung um 5 272 791 Tonnen im Werte von 8015 3 Mill. Franks gusmacht.

Lohnabwehrkämpfe -siegreiche Streiks

Die Streikwelle gegen Notverordnungsichnraub dehnt sich immer mehr im ganzen
Beiche aus. Men kann heute schon segen,
daß in vielen Hunderten, ja Tausenden von
Betrieben im Reich die Arbeiter entweder in
den Luhnebwehrkampf treten oder durch geschlossenes Auftreten gegen versuchten Lohnabbau den Unternehmer zum Rückzug zwingen. Die nachstehenden Meldungen sind deher nur ein kleiner Ausschnitt aus
den vielen Kömpfen.

In Berlin haben die Hilfsarbeiter in der Druckerei Elsnereinen glänzen den Sieg erfochten. Die Pirma muste sich nicht nur bereit erklären, den durch einen Schiedsspruch festgelegten Lohnabbau durch Erhöhung der übertariflichen Lohnsätze volkommen auszugleichen, sondern sich auch verpflichten, den Lohn für sämtliche Streiktage zu bezahlen und alle Streikenden restlos wieder einzustellen.

In der Spinnstoff-Fabrik Berlin-Zehlen dorf hat die Direktion nach kurzem Streik ihren Lohnabbauanschlag bedingungslos zurückgezogen. In Landeshut (Schlesien) stehen die Arbeiter der Ostdeutschen Textilwerke geschlossen im Streik - ebenso streiken die Arbeiter der Firma Hein in Reichenbach (Schlesien), gleichfalls die Textilarbeiter der Pirmen Weyl und Nassauer, sowie bei der Pirma Pleischer.

Die Belegschaft des Betriebes von Meyer Kauffmann in Rennersdorf (Schles.) ist geschlossen in passive Resistenz getreten — in Wüstegiersdorf trat am Montag früh die Belegschaft derselben Firma in den Streik.

In Krempe, Schleswig-Holstein, erzielte die Belegschaft der Ledersabrik von Hallenstein u. Co., einen vollen Streikneg — ebenso erfolgreich war der Streik in der Kunstdünger A. G. "Rhenunia" in Brunsbüttelkog.

In der Spinnerei Gautzscher, Leipzig, nahm die Direktion auf Grund des einmütigen Streikbeschlusses den angekündigten Lohnabbau zurück — ebenso wich die Metallfirma Jentzsch u. Meertz, Leipzig, unter der Streikdrohung ihrer Belegschaft

Verteidigt und rettet die freien Gewerkschaften!

Der Korrektoren verein Berlin, eine Sparte des Buchdruckerverbandes, hat nachstehenden Appell, der gerade durch die neuesten Ereignisse besonders aktuell ist, einstimmig beschlossen:

Appell

an alle Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, an alle Mitglieder aller freigewerkschaftlichen Organisationeni

Kollegen, Klossengenossen! Mit unerhörtet Schwere lastet die Weltkrise des Kapitalismus auf den Schultern der Arbeiterklasse, insbesondere auf denen des deutschen Proleteriats. Aber dieser Druck soll noch immer weiter gesteigert werden, er muß immer weiter gesteigert werden, soll die chaotische kapitalistische Wirtschaftsform weiterleben. Und sie will weiterleben! Die bloße Existenz der Papen-Schleicher-Regierung dokumentiert diesen Willen. Diktatorisch, durch Staatsstreich, unter Mißachtung uer verfassungsmäßigen (3) demokratisch – parlamentarischen Spielregein eingesetzt, setzt sie ebenso diktatorisch die Lawine wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung gegen die Arbeiterklasse in Form ihrer Natverordnungen in Bewegung. Das Ziel dieser Notverordnungen springt in die Augen: Vernicht ung jeder Widerstandskraft der Arbeiterklasse, politische Knebelung der proletarischen Parteien, Zerschlagung der Gewerkschaften. So ermächtigt die letzte Notverordnung die Regierung, Vorschriften zu erlassen über die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters- und Arbeitslosenversicherung über die innere und äußere Verfassung der Versicherungsträger und Versorgungsbehörden das Verfahren, die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung.

Weiter ermächtigt sie die Regierung zu Verordnungen mit Bezug auf das Arbeitsgerichtswesen, den Arbeits- und Tarifvertrag, auf das Schlichtungswesen, den Arbeitsschutz, die Arbeitslosenhilfe, öffentliche Fürsorge und Arbeitsvermittlung. Die Notverordnung bringt einen neuen, unerhörten Lohnabbau und die völlige Zerschlagung des Tarifrechts. Das bedeutet die Ausschaltung der Gewerkschaften auf ihren bisherigen Haupterbeitsgebieten und damit bereits die Entziehung eines wesentlichen Existenzfaktors, denn die Mitwirkung bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeits-bedingungen ist ein Hauptpsciler der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Arbeiterschaft soll jedes Diktat der Monopolkapitalisten oder ihrer Regierung auf lohn- und arbeits-politischem Gebiete widerstandslos schlucken. Wo eine einzelne Gewerkschaft auf Gestaltung dieser Dinge mit gowerkschaftlichen Mitteln (Streik usw.) Einfluß nehmen will, läuft sie Gefahr, mit Bestrafungen, Beschlognahmen, ja mit sofortigem Verbot auf Grund der Notverordnungen zur Verhütung politischer Ausschreitungen bedacht zu werden. Die Verbote der Arbeiterpresse und -veranstaltungen, insbesondere das Verbot der "Buchbinderzeitung", reden eine deutliche Sprache.

Das ist der eine Teil des geplanten Vernichtungswerkes. Aber diese alten Militärs wissen, daß man die noch intakten Truppen des Feindes demoralisieren muß, um sie sicher schlagen zu können. Darum setzen sie zu der Einschränkung der Bewegungsmöglichkeit, zu der Lähmung der Kräfte, zur Belagerung der Postung die materielle Aushungerung. Die einzelnen Unternehmungen sollen für jede Neueinstellung eine Jahresprämie von 400 RM. erhalten. Je mehr sie cinstellen, um so mehr dürfen sie den Lohn drücken. Daher jetzt schon wieder verstärkte Stillegungen, um nachher Neueinstellungen vornehmen zu können. Also: Je mehr Lohndruck, um so mehr Pramient So schafft man die Situation, die es auch dem besten Gewerkschaftler unmöglich macht, seine Beiträge in der notwendigen Höhe zu zehlen, ganz abgesehen von denen, die bei der verordneten Untätigkeit der Organisationen die Notwendigkeit zur Zahlung nicht mehr einsehen können. Die Folge muß eine unerhörte materielle Schwächung der Gewerkschaften, ja eine absolute Aushöhlung derselben sein: die für den Gegner erforderliche Demoralisierung. 7.

Die Papenregierung, im Gegensatz zu allen parlamentarischen Regeln entstanden und mit all ihren Maßnahmen dieselben verspottend, sich auf Reichswehr und Stahlhelm vorn, auf die Nazi-SA lunten stützend, ist die rücksichtslose Diktatus der Junker und Monopolikapitalisten.

Will die Arbeiterklasse ihre Organisationen, ja ihr Leben verteidigen, dann darf sie wedst das einzelne Verbieten und Auflösen der Organisationen zulassen, noch darf sie, auf parlamentarische Maßnahmen wartend, dem Aushungerungsplan und die schließliche spätere Vernichtung zulassen,

Die Widerstandskraft der Arbeiterklasse, die der Gegner jetzt zermürben will, muß sofort zur Verteidigung der proletarischen Klassenorgenisationen eingesetzt werden. Es ist höchste Zeit. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften müssen mobilisiert werden. Wer diese notwendige Mobilisierung anhotiert, ist gegen die gewerkschaftliche Organisation!

Vorwärts, zum außerparlamentarischen Kampi gegen die neuen Notverordnungen!

Pur die Rettung der Gewerkschaften!

Neue Zeugen im Totschlags-Prozeßgeladen

Bei Beginn der heutigen Verhandlung im Sondergerichtsprozeß Röntgenstraße verkündet der Vorsitzende den Gerichtsbeschluß über die Beweisanträge der Verteidigung. Einem Teil der Anträge wird stattgegeben, und eine große Anzahl neuer Zeugen wird geladen. Die Entscheidung über den Antrag, sämtliche Mitglieder des Sturms 33 zu laden, behält sich das Gericht noch vor.

Es werden dann einige Zeugen vernommen, die an dem kommunistischen Zuge durch die Röntgenstraße teilgenommen haben. Einer von ihnen sagt: Die Angeklagten sind so unschuldig wie ich, aber e. belastet dann in seiner weiteren Aussage den Angeklagten Kolosche, dessen Erklärungen den Aussagen dieses Zeugen in wesentlichen Punkten widersprechen. Ein anderer Zeuge berichtet, daß in der kommunistischen Versammlung nach Waffen gefragt worden sei. Es habe aber niemand eine gehabt.

Der Wirt des kommunistischen schen Lokals in der Galvanistrafie, der heute im Totschlagsprozest Calm vernommen wurde, wuste über die Vorgänge nichts auszusagen, da er sein Lokal nicht verlassen hatte. Der Zeuge berichtete, daß sein Lokal, das er den Kommunisten nur unter der auschrücklichen Zusicherung überlassen hatte, daß keine Waffen mitgebracht und ihm keinerlei Schwierigkeiten gemacht wärden. Zwei Tage nach den Vorgängen wurde sein Lokal, wie er glaubt, von Nationalsozialisten vollständig zerstört.

Der Vater des Angeklagten Sterdt gab an, aus geschäftlichen Gründen keiner politischen Partei anzugehören. Sein Sohn besitze ke im Fahrrad. An dem fraglichen Abend habs er sein Fahrrad selbst benutzt. Der bei der Haussuchung gefundene alte und unbrauchsbare Trommelrevelver sei sein Ligentum und dem Jungen nicht zugängelich gewesen. Die Weiterverhandlung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Mit Ausnahme der kommunistischen

Berlin, 26. September.

Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, wird in einem Runderlaß des preußischen Ministers des Innern darauf hine gewiesen, daß in Kontinen, Wohlfahrtsräumen und Kuranstalten der Polizei und Landjägerei, Zeitungen aller Richtungen mit Ausnahme der kommunistischen Partei ausgelegt werden dire.